

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl.
mit Zustellgeld 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl.
vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zl. Danzig
2.50 zl., Deutschland 2.50 zl. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Gernau Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeter-
zeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pf. Bi.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blätter-
vorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen-
schriftlich erbeten. — Öffertenzgebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 292

Bromberg, Sonnabend, den 22. Dezember 1934

58. Jahrg.

Kurs auf Moskau.

Von Axel Schmidt.

In seinem Russlandbuch hat Herriot die These aufgestellt, daß das Interesse Frankreichs die einzige Richtlinie sein müsse, dafür, wen es bevorzugen soll und auf wen seine Wahl fällt. In Berlin ist man der Ansicht, daß Paris zwischen diese Wahl getroffen hat. Man wurde daher in Berlin von der Meldung des "Star" über den Abschluß eines russisch-französischen Militär- und Handelsabkommen nicht überrascht. Seit Monaten hatte man schon die immer intimer werdende Zusammenarbeit zwischen den beiden Generalstäben beobachtet und daraus seine Schlüsse gezogen. Als schließlich der russische Generalstabschef Jegorow und der französische Luftfahrtminister Cot Besuch austauschten, setzte sich in Berlin die Ansicht fest, daß der entscheidende Schritt getan sei. Ob alle vom "Star" angegebenen Einzelheiten des Militärabkommen stimmen, kann selbstverständlich in Berlin nicht nachgeprüft werden. An der Tatsache aber einer engen Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe wird nicht gezwifelt. Die sofort in der französischen und russischen Presse einsetzenden Dementis besagen demgegenüber nicht viel. Man braucht nur daran zu denken, daß das Militärabkommen zwischen Frankreich, England und Russland vor dem Weltkrieg gleichfalls abgesegnet, trotzdem unter Ausschiffung einiger englischer Minister in Funktion trat. Ebenso ist an der Belieferung Russlands mit französischen Tanks und Flugzeugmotoren nicht zu deuteln.

Die Tatsache des Bündnisses zwischen Frankreich und Russland interessiert natürliche Polen mehr als Deutschland; denn Deutschland besitzt keine direkte Grenze mit Russland. Zwischen beiden liegt Polen. Aus diesem Grunde hat Warschau überaus sauer auf das französische Zureden reagiert, endlich seine Bedenken gegen den Ostpakt fallen zu lassen.

Bei der Meldung des "Star" wird man sich in Warschau daran erinnern, daß Frankreich schon einmal die Freundschaft zu Polen verleugnete, als in den 90er Jahren das zaristische Russland sich Frankreich näherte. Als die erste Bühnungnahme zur späteren Freundschaft Toulon-Kronstadt stattfand, rief der alte französische Politiker und Polenfreund Floquet dem Baron bei der Fahrt durch Paris "Vive la Pologne!" entgegen. Diese Demonstration erregte großes Missfallen nicht nur bei den Russen, sondern auch bei den Franzosen, welche die Russenpolitik befürworteten. Floquets politische Karriere war damit beendet. Er hat in keinem Kabinett mehr Platz gefunden, da man dem russischen Bundesgenossen einen derartigen Affront nicht antun konnte.

In der französischen Presse tut man noch so, als ob Frankreich das größte Interesse daran habe, über den neuen Freund Russland, den alten, Polen, nicht zu verlieren. Man hat auch einige Warschauer Einwände beim Ostpakt berücksichtigt, indem man besonders hervorhebt will, daß durch ihn keine Garantie für die tschechisch-polnische Grenze ausgesprochen sei, und daß die Vilnafrage nicht im Rahmen des Ostpaktes ausgerollt werden dürfe. Diese Korrekturen aber treffen nicht den Kern der polnischen Bedenken. Denn auch bei der Entstehung des Ostpaktes fühlt sich Polen nicht als gleichberechtigter Bundesgenosse, sondern als Vasall behandelt, dessen nachträgliche Zustimmung eigentlich nur eine Formalität wäre. Wie schon so oft, hat sich auch hier Paris wieder einmal gründlich getäuscht.

Die polnische Regierung versucht mit allen Mitteln, der Entscheidung auszuweichen. Der polnischen Unwillen hat kürzlich Fürst J. Radziwill unterstrichen, als er von einem Redakteur des Krakauer "Kurier" ausgefragt wurde. Der Fürst lehnte dabei nicht nur die Einführung Deutschlands nach dem Rezept von Barthou ab, sondern betonte auch den energischen Wunsch Polens, endlich als Großmacht respektiert zu werden. Unter deutlicher Anspielung auf den Ostpakt bemerkte der polnische Politiker, der als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Fragen im polnischen Sejm eine maßgebende Rolle spielt, Polen könne es nicht länger dulden, erst eingeladen zu werden, einen Pakt zu unterschreiben, nachdem das Konzept ohne sein Gutachten bereits fertiggestellt sei. Hier klingt nun derselbe Ton an, wie seinerzeit bei dem römischen Pakt, den der französische Bundesgenosse unterschrieben hatte, ohne mit Polen überhaupt auch nur Fühlung genommen zu haben. Mit Russland geht, wie das letzte Abkommen beweist, Paris weitauß behutsamer um. Es will von jeglicher Verhandlung mit anderen Mächten sofort dem russischen Partner Mitteilung machen. Auch dieses Abkommen ist für Warschau ein weiterer Beweis dafür, daß der Quai d'Orsay noch immer nicht gewillt ist, Polen und Moskau mit gleichem Maßstab zu messen.

Das Bündnis zwischen Frankreich und Russland hat aber nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine innerpolitische Seite, die aber für Frankreich noch viel weniger erfreulich ist. Die französische Regierung wird jetzt die Schwierigkeit kennen lernen, einen Bundesgenossen zu besiegen, der zugleich die III. Internationale in seiner Hauptstadt beherbergt. So energisch die Sowjetregierung die Trennungslinie zwischen dem Sowjetstaat und der III. Internationale zu ziehen liebt, so wenig ist dies tatsächlich der Fall. Es genügt darauf hinzuweisen, daß nicht nur die gesamten Mittel der III. Internationale vom Sowjetstaat geliefert werden, sondern daß auch an der Spitze dieses Organs zur Ausbreitung der Weltrevolution sowjetrussische Politiker stehen. Vor allem aber, daß einzige und allein die Sowjetregierung bestimmt, wo die III. Inter-

nationale ihre Arbeit einzusehen hat. Nun hat, wie man sich erinnert, die III. Internationale soeben den französischen Kommunisten den Befehl erteilt, alle Anstrengungen zu machen, um in bessere Beziehungen zu den französischen Sozialisten zu kommen. Sie sollen dabei äußerlich der nachgebende Teil sein und in den Gewerkschaften z. B. den Sozialisten den Vortritt überlassen. In der Hoffnung, durch ihre größere Energie mit der Zeit dennoch die Führung an sich reißen zu können. Noch intensiver ist die Arbeit der III. Internationale in den Kolonien. So wird soeben aus Casablanca gemeldet, daß die französische Polizei einer umfangreichen franzosefeindlichen Propagandatätigkeit in

ganz Marokko auf die Spur gekommen sei. Es ist verständlich, daß sich auf der rechten Seite in Frankreich schon jetzt hin und wieder Stimmen erheben, die vor einer allzu großen Annäherung an Russland warnen. So sprach das "Journal des Débats" von einer "Tarnung des Bündnisses als Ostpakt", um dann fortzufahren: "Eines Tages werden wir erkennen, daß die Schwierigkeiten mit England aus den Verpflichtungen, die uns mit Russland verknüpft, entstanden sind."

Die sowjetfreundliche Richtung aber hat zunächst in Frankreich die Oberhand gewonnen, und der Kurs wird auf Moskau gerichtet.

Der neue Kurs der englischen Friedenspolitik.

London, 21. Dezember. (DNB) Ministerpräsident Macdonald läßt in der Zeitschrift der Nationalen Arbeiterpartei "News Letter" eine Reihe von Artikeln erscheinen, die dazu bestimmt sind, vor Freunden und Gegnern den neuen Kurs der englischen Friedenspolitik klarzulegen und zu rechtfertigen. Der erste dieser Artikel wurde jetzt veröffentlicht. Es heißt darin u. a.:

Die gegenwärtige Generation hat den Weg zum Frieden noch nicht gefunden.

Es ist zuzugeben, daß wir vor einer Art Dilemma stehen: Während wir die Verteidigungswaffen beibehalten, die wir als ein friedliches Volk beanspruchen müssen, dürfen wir uns nicht in den Wirbel des Militarismus hineinziehen lassen.

Leute, die von der Ausrüstung als von einer Versicherung sprechen, kommen der Wahrheit näher, als sie selbst wissen. Wir versichern uns auch nicht gegen Feuer in dem Glauben, daß uns das Feuer dadurch verschone, sondern damit, wenn Feuer doch ausbricht, unser Verlust soweit wie möglich gedeckt werde. Es ist zur Genüge bewiesen, daß ein hochgerüstetes Volk eventuelle Friedensstörer nicht abschreckt, den Weg des Friedens zu kreuzen; der Krieg wird dadurch nicht verhindert.

Die abschreckende Wirkung der Waffen ist unendlich klein,

und wenn es offensichtlich Angriffswaffen sind, ist ihre Wirkung schließlich auch nur die, ihren Gebrauch unvermeidlich zu machen; im Gegenteil können sie den Ausbruch des Brandes beschleunigen. Verteidigungswaffen können helfen, den Frieden aufrecht zu erhalten, solange die Welt noch militaristisch ist. Diese grundlegende Wahrheit kann nicht geleugnet werden. Aber wenn die Völker durch den bloßen Besitz starker Rüstungen den Frieden nicht sichern können, können sie dann durch Abrüstung andere Völker veranlassen, ebenfalls abzurüsten? Unser Volk hat seine Rüstungen herabgesetzt, und es hat das in der Absicht getan, damit andere Völker ebenfalls abrüsten. Es war ein Versuch, die anderen Völker zu überzeugen,

dass sie mit einer beschränkten Rüstung genau so sicher seien, vorausgesetzt, daß die Rüstungsbeschränkung die Folge internationaler Abmachungen war.

Wenn es der Ausrüstungskonferenz nicht gelingen sollte, eine internationale Abmachung über die Rüstungen zustande zu bringen, dann wird sich Großbritannien der Frage gegenübergestellt sehen, welchen Standpunkt es in Zukunft einnehmen soll und auf welchem Wege es seine Bemühungen für den Frieden fortsetzen kann. Ein friedliebendes Land wie das unsrige hat die Pflicht, für seine Verteidigung gegen den Angriff anderer sich vorzubereiten. Die größte Gefahr für uns ist die, daß wir in dem Bemühen, uns hinreichenden Schutz zu schaffen,

auf den verhängnisvollen Irrweg des Beträufens geraten.

Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen, müssen wir einerseits zäh daran festhalten, daß die Vorfahrungen, die wir für unsere Verteidigung treffen, nie den Charakter der Verteidigungsmassnahmen verlieren. Wir müssen ferner und noch aufmerksammer als bisher darauf bedacht sein, internationale politische Abmachungen zur Sicherung des Friedens zu fördern und das Verständnis von Nation zu Nation zu stärken.

Wir sollten in klaren Worten die ganze Welt wissen lassen,

dass wir gegen keinerlei Ausrüstung gleichgültig bleiben können,

die zu unserer Vernichtung dienen kann. Andererseits sollten wir keine Vermehrung unserer Verteidigungsrüstungen vornehmen, ehe wir nicht die daran interessierten Nationen davon benachrichtigt und ihnen angeboten haben, die Angelegenheit zum Gegenstand von Verhandlungen und eventuell einer vertraglichen Abmachung zu machen. All das sollte sich durch Vermittlung des Völkerbundes vollziehen, der uns Gelegenheit bietet, an andere Völker die Auflösung zu richten, mit uns solche Fragen zu erörtern.

Polen und die deutsch-französische Verständigung

Der konservative "Gaz" beschäftigt sich mit der Frage, ob eine deutsch-französische Verständigung für Polen gefährlich wäre und beantwortet diese Frage im Gegensatz zu den Befürchtungen, die Stroński und Koskowski im "Kurier Warszawski" und in der "Gazeta Warszawska" über dieses Thema wiederholt entwickelt haben, im verneinenden Sinne. Das Blatt schreibt u. a.:

Die deutsch-französische Verständigung ist bis jetzt weder eine vollzogene Tatsache noch sogar sicher. Herr Laval ähnelte im gegenwärtigen Augenblick einem Jongleur, der gleichzeitig mit drei Bällen spielt: dem italienischen, sowjetrussischen und der deutschen Ball. Aber sogar für die geübtesten Jongleure kommt der Augenblick der Ermüdung und konsequenterweise der Wahl. Wie es heißt, werden die Franzosen nicht endlos spielen können, sondern früher oder später gezwungen sein, eine nähere Verständigung mit einem der Partner anzutun, freilich mit dem, dessen Zusammenarbeit nach der Meinung Frankreichs seine Interessen am besten sichert. Es besteht eine ganze Reihe von Fingerzeichen, die sich zwar in unserer sich so rasch ändernden Welt als irrig erweisen können, aber nichtsdestoweniger gibt es Anzeichen dafür, daß Frankreich eine Verständigung mit Deutschland vorziehen wird. Im Zusammenhange damit

fehlt es nicht an alarmierenden Stimmen in Polen.

Diese Alarme finden hier und da in der Presse Ausdruck, werden lauter in Privatgesprächen.

Eine deutsch-französische Verständigung hätte offenbar eine ungleich breitere Reichweite und größeren Widerhall als diese oder jene diplomatische Konstellation für Polen. Diese Verständigung könnte vielleicht die sicherste Art sein, Europa einen dauernden Frieden zu sichern. Sie hätte die unumgängliche Bedingung, das Wettrennen einzustellen, Europa wirtschaftlich wieder aufzubauen und unsere Zivilisation vor einer Katastrophe zu retten, die es unwiderruflich in Trümmer legen würde. Durch eine deutsch-französische Verständigung darf man allerdings nicht eine Kombination verstehen, in der Frankreich dem Reich

die Hegemonie in Europa gestatten würde. Ein solches Einverständnis ist undenkbar, und Frankreich wird es niemals ohne einen verlorenen Krieg, ohne irgend ein neues Sedan geben.

Die deutsch-französische Verständigung kann höchstens ein Verzicht auf die bisherige französische Hegemonie zugunsten eines gewissen deutsch-französischen Dualismus sein.

Doch man kann sich unmöglich vorstellen, daß die deutsch-französische Beziehungen sogar bei der größten Entspannung plötzlich so gefühlvoll und nahe werden, daß Frankreich aufhören würde, um seine Beziehungen mit anderen Völkern besorgt zu sein. Es wird sicher auch auf die englische Garantie nicht verzichten, ferner mit den anderen Nachbarn Deutschlands nicht brechen wollen, sei es schon aus dem Grunde, um das Übergewicht auszugleichen, das Deutschland die anderthalb größere Bevölkerung und die größere (?) Macht der Kriegsindustrie gibt, nebenbei gesagt, zwei Faktoren, die am meisten eine deutsch-französische Annäherung erschweren.

Unter diesen Bedingungen sind die Mutmaßungen und Befürchtungen unserer Kaffehauspolitiker — und deren gibt es leider unter dem Einfluß der Propaganda der Herren Stroński und Koskowski sehr viele —, als ob eine deutsch-französische Verständigung auf Kosten Polens zustande kommen sollte, als ob sie das Einverständnis Frankreichs mit der Wagnahme Pommerells durch das Reich einschließen könnte, auf das Gebiet der reinen Phantasie zu verweisen. Eine deutsch-französische Verständigung, die sich auf eine neue Teilung Polens stützen würde, wäre keine Verständigung, sondern eine Kapitulation Frankreichs, das Ende seiner Rolle als Großmacht, sie wäre undenkbar. Übrigens kann man Pommerells in Paris, London oder Moskau nicht erhandeln, man muß es nehmen. Hier handelt es sich nicht um Österreich, das man zur Not verschachern könnte. Die deutsch-französische Verständigung hat Ziel und Sinn, wenn sie für längere Dauer den Frieden

herstellen soll. Und sollte sie auf Kosten Polens zustande kommen, so würde sie direkt zum Kriege führen.

Die deutsch-polnische Entspannung erleichtert vorzeitig die Aufgabe der französischen Diplomatie.

Sie gestattet ihr, ihre Beziehungen zu Deutschland normal zu gestalten, ohne befürchten zu müssen, daß Frankreich auf diesem Wege seinen polnischen Bundesgenossen verläßt. Dies wird gerade im Gegenteil eine hervorragende Gelegenheit zur Besserung und Festigung der polnisch-französischen Beziehungen und zur gemeinsamen Arbeit an der Befriedung Europas schaffen. Locarno hat bewiesen, daß es eine dauernde Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland nicht geben kann, wenn sich die Ostgrenze Deutschlands in Gärung befindet. Die Geschichte unseres fürmischen Jahres 1934 hat aber auch den Beweis erbracht, daß es kein volles Sicherheitsgefühl an der deutsch-polnischen Grenze geben kann, wenn es gleichzeitig im Westen brennt. Die gleichzeitige Entspannung an beiden Grenzen Deutschlands — dies ist das wahre und wichtige Ziel sowohl der polnischen und französischen, als auch der deutschen Diplomatie und vielleicht die einzige Art, dem unglücklichen Europa die ihm so unentbehrliche längere Friedensdauer und Erholung zu sichern.

Deutsch-französische Frontkämpfer-Besprechungen.

Berlin, 21. Dezember. (DNB.) Die Besprechungen zwischen deutschen und französischen Frontkämpfern, die mit einer Unterhaltung des Präsidenten der Union Fédérale der Frontkämpfer, Pichot, mit dem Reichskriegsopferführer Oberlinck ober am 2. August 1934 in Baden-Baden ihren Anfang genommen haben, wurden jetzt in Berlin fortgesetzt. In den Besprechungen kam der Wille zum Ausdruck, den die Frontkämpfer beider Länder haben, dem Frieden und damit ihren Völkern zu dienen. Pichot, der zusammen mit dem Generalsekretär der Union Fédérale der Frontkämpfer, Randoux, in Berlin war, hat Gelegenheit gehabt, sowohl den Führer, wie den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, zu sehen, die sich mit ihnen so freimütig unterhalten haben, wie Frontkämpfer untereinander zu sprechen gewohnt sind.

Die Besprechungen zwischen Herrn Pichot und dem Reichskriegsopferführer sollen, wie zum Ausdruck kam, keinerlei Probleme der großen Politik behandeln, sondern lediglich dem Willen Ausdruck verleihen, der in jenen lebendig ist, die im Kriege ihre Pflicht getan haben, nämlich den Willen, einen ehrenvollen Frieden und eine ebenso ehrenvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Kultur- und Soldatenationen anzubahnen. Die Gespräche zwischen den französischen und den deutschen Frontsoldaten werden ihren Fortgang nehmen. Sie werden zwischen allen deutschen Frontkämpfern und allen französischen Verbänden in der nächsten Zeit fortgeführt, ohne daß deshalb in den Kreisen der Frontkämpfer die Absicht besteht, den offiziellen Vertretungen beider Länder in ihren Aufgaben vorzugreifen. Es treffen sich hier nicht die Träger großer Namen aus dem Kriege, sondern in allererster Linie die Soldaten aus den vorderen Gräben des Weltkrieges, die Träger einer aktiven Politik waren, ohne sich im Kriege dessen bewußt zu sein.

Der französische Besuch am 2. August in Baden-Baden und der Besuch von zwei anderen Frontkämpfern, Jean Gon und Robert Monnier, am 2. November in Berlin, sowie der jetzt gemeldete Besuch zeigen ebenso wie die bisher stattgefundenen Besprechungen den Willen, daß die Frontkämpfer beider Länder zum Segen ihrer Völker bereit sind, weiter an der Annäherung beider Völker zu arbeiten.

Kein neuer Liliputstaat und kein Ostpakt!

Freiherr von Neurath unterhält sich mit einem Italiener.

Aus Rom berichtet DNB:

In einem Interview, das der Reichsaßenminister Freiherr von Neurath dem Vertreter des "Messenger", Senato, gegeben hat, antwortete er auf die Frage, ob das durch den Versailler Vertrag vorgesehene Abstimmungssystem an der Saar irgendwelche unangenehmen Überraschungen für Deutschland bringen könne: Das sei nicht wahrscheinlich. Höchstens wäre es möglich, daß die eine oder andere Gemeinde für den status quo optieren würde. Man stünde dann einer ebenso lächerlichen wie gefährlichen Tatsache gegenüber, eben einem Staat von ein paar tausend Einwohnern. Mit der Anerkennung eines solchen Staates würde der Völkerbund als dessen direkter Souverän keine gute Figur machen. Man müßte ihn finanzieren, also eine Art von Pensionat aus ihm machen; denn lebensfähig wäre er nicht. Zugleich würde dieser Liliputstaat sehr gefährlich sein, weil er die Zufluchtstätte des ganzen Emigrantenstroms nicht nur aus Deutschland sein würde. Sein Wahlspruch würde lauten: Gegen das Dritte Reich; zugleich aber: für die Dritte Internationale. So würde sich unter der Souveränität des Völkerbundes eine wahre Zentrale der Unzufriedenheit entwickeln, ein ewiger Anlaß zu Neidungen zwischen zwei benachbarten großen Ländern, und daher eine Bedrohung für den europäischen Frieden. Er könnte sich denken, daß der Duc d'Orsay bei der endgültigen Rückkehr der Saar zu Deutschland nur Befriedigung empfinde, weil dadurch ein Kopfzerbrechen aus der Welt gebracht würde.

Auf die Tätigkeit gewisser französischer Kreise hingewiesen, so die des Herrn Rossenbeck, meinte der Reichsaßenminister, er sei fest überzeugt von dem aufrichtigen guten Willen Blaids und Laval; aber in demokratisch-parlamentarischen Ländern wisse man nie sicher, ob das ganze Land hinter der verantwortlichen Regierung stünde oder nicht. So könnte es wohl möglich sein, daß einige finanziell oder industriell mächtige Gruppen wie jene, die hinter Herrn Rossenbeck stünden, auch jetzt noch und bis zum letzten Augenblick mit einer antideutschen Lösung der Saarfrage spielten.

Über den Ostpakt fragt, sagte Freiherr von Neurath, es handle sich hier um einen Frei, der im großen Kessel der Vermutungen lohe, ohne daß bisher die bestehende Torte dabei herausgekommen sei. In seiner weitesten Form wäre der Pakt mit seinen mittelbaren und unmittelbaren Verpflichtungen eine rätselhafte und unendlich komplizierte Angelegenheit. Eines allein sei sicher:

Im Kampf um Einigung und Erneuerung.

Ortsgruppe Janowitz.

Am 19. d. M. fand in Janowitz eine Versammlung der Deutschen Vereinigung statt. Es waren etwa 400 Volksgenossen anwesend. Leiter der Versammlung war Landwirt Heinrich Schmidt-Bielawy. Als Redner waren erschienen der Vorsitzende des vorläufigen Vorstandes der Deutschen Vereinigung, Erik von Wissel, Landwirt Schilling und Ansiedler Albert. Der Versammlungsleiter ermahnte die Anwesenden, Ruhe und Disziplin zu wahren, da jedem, der anderen Sinnes sein sollte, die Möglichkeit einer Aussprache gegeben wird. Als erster Redner sprach Erik von Wissel. Er entwarf in klaren Zügen einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Minderheit in Polen, insbesondere in Posen und Pommerellen in der Zeit der Zugehörigkeit zu Polen. Der Redner wies in seinen Ausführungen alle Angriffe der Gegner der Deutschen Vereinigung zurück. Er brandmarkte alle Versuche, durch Lügen und Verleumdungen alle diejenigen Männer in den Augen der deutschen Volksgenossen herabzusetzen zu wollen, die ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um die Kluft zwischen deutschen Brüdern wieder zu schließen, die in den vergangenen Monaten durch den Parteienzwist aufgerissen wurde. Auf Grund der Sätze der Deutschen Vereinigung wies Erik von Wissel nach, daß der Weg der Deutschen Vereinigung der Weg der volksverbündeten Wiederaufbauart sein wird.

Als nächster Redner wies Landwirt Schilling auf Grund der deutschen Geschichte nach, welche Schicksale das deutsche Volk stets erlitten habe, wenn es durch Haß und Zwietracht auseinandergerissen wurde. Der Redner wies dann auf die Gefahren hin, die der deutschen Minderheit durch den Bruderkampf drohen, und daß ein Zusammensetzen aller deutsch denkenden Menschen im Geiste der Erneuerung notwendig sei. Beide Redner ernteten für ihre überzeugenden Worte reichen Beifall. Dann betonte Ansiedler Albert eindringlich, daß nur eine parteilose Einigkeit das Deutschtum vor dem Untergange retten könne, und daß diejenigen die Schuld trage, die annehmen, durch einen wilden zügellosen Parteikampf den Geist der Erneuerung allein zu besiegen. Der Redner wurde wiederholt durch Zwischenrufe von Anhängern der DDP gestört.

Im Anschluß an die Ausführungen der Redner erhielten einige Mitglieder der Jungdeutschen Partei das Wort, um mit den üblichen Einwendungen hervorzutreten. Daraufhin kam es am Saaleingang zu einem wütenden Tumult, der durch ein Mitglied der DDP verursacht wurde. Die anwesende Polizei sah sich veranlaßt, die Versammlung aufzulösen. Die Anwesenden wollten jedoch nicht ohne praktisches Ergebnis auseinandergehen und so schritt man in einem anderen Raum zur Ortsgruppengründung der Deutschen Vereinigung. Der vorläufige Vorstand der Ortsgruppe Janowitz setzte sich zusammen aus: Landwirt Heinrich Schmidt-Bielawy, Landwirt Karl Drews-Turza und Landwirt Ludwig Meier. Der vorläufigen Revisionskommission gehören an: Landwirt Albert Schmidt-Ternik und Lehrer Kurt Heppke. Für alle sich anschließenden Ortschaften wurden Vertrauensleute gewählt.

Ortsgruppe Goldfeld.

Am Donnerstag, dem 20. d. M., fand in Goldfeld die Gründungsversammlung der dortigen Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung statt. Die Versammlung wurde durch Bauer Wirth-Goldfeld eröffnet. Nach einer Einführung über Sinn und Zweck der Versammlung erhielt Schriftleiter Heppke das Wort. Er schilderte den Weg des Deutschtums in Polen von seinen ersten Anfängen an bis zu dem neuen Abschnitt, der in diesen Wochen mit der Gründung der Ortsgruppen der Deutschen Vereinigung begonnen wurde. Danach sprach Dr. Ernst Hempel über die große Bedeutung, die die von den Behörden genehmigten Sätze der Deutschen Vereinigung für das Gesamtleben des Deutschtums darstellen. Als zur Aussprache über die Ausführungen der beiden Redner aufgefordert wurde, meldete sich zunächst niemand, obgleich unter den 120 Anwesenden eine große Zahl Jungdeutscher sich befand. Erst auf nochmaliges Zureden von Seiten eines der Sprecher der Deutschen Vereinigung erhob sich ein Mitglied der Jungdeutschen Partei und verlas einen Brief der Bromberger Ortsgruppe, in dem Beschwörde darüber geführt wurde, daß, obwohl die Jungdeutschen einen Weihnachtsfrieden angeordnet hatten, die Deutsche Vereinigung weiterhin ihre Ortsgruppen gründet! Ferner wurde in dem Brief mit den biblischen Schlagworten von dem Druck der Genossenschaften und ähnlichem gesprochen.

Darauf wurde erwähnt, daß die Deutsche Vereinigung es nicht nötig habe, irgend welchen Druck auszuüben, da ihre Bedeutung von allen aufbauwilligen Kräften anerkannt werde. Einen Weihnachtsfrieden könne man

Wenn man unter dem Ostpakt die Verpflichtung für Deutschland verstehen willte, im Falle des Konfliktes zwischen zwei oder mehreren Ländern der zahlreichen voransichtlichen Beteilnehmer bewaffnet einzutreten und den gesamten territorialpolitischen Zustand Osteuropas für die Einheit zu garantieren, dann würde Deutschland niemals mitmachen können. Er glaubte, daß man für den europäischen Frieden Besseres und Konkreteres tun könne.

Als der Italiener hier den Biererpakt erwähnte, erwiderte der Reichsaßenminister: „Ja, das war eine andere Sache. Ich sage: war, weil die ursprüngliche Idee Mussolinis leider aßmächtig abgeändert wurde, ohne daß sie dadurch an Wirksamkeit gewann. Im Gegenteil: Der Gedanke Eures großen Staatsmannes war vor trefflich. Alles, was an Hegemonie, an Unterdrückung erinnert, war weggelassen. Er stellte den Grundsatz der Rangordnung auf die internationale Ordnung übertragbar dar.“

Auf die Möglichkeiten einer Ausdehnung des Biererpaktes auf mehrere Staaten ging Freiherr von Neurath nicht ein.

Neutralität des Batians in der Saarfrage.

"Observatoire Nomano" dementiert die in jüngster Zeit von verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten über eine Einflussnahme deutscher Kreise auf den Heiligen Stuhl hinsichtlich des Saarproblems. „Wir können“, sagt das Blatt, „versichern, daß diese Informationen jeder Grundlage entbehren und daß der Heilige Stuhl seine Haltung absoluter Neutralität und Unparteilichkeit nach wie vor bewahrt hat und bewahren wird.“

sich auch nicht von irgend einer Seite „verordnen“ lassen. Dazu sei die Arbeit der Deutschen Vereinigung viel zu wichtig. Es sei verständlich, daß der Sturmlauf der Ortsgruppengründungen gewissen Leuten nicht sehr passe und daß sie gern eine Woche des Vergessens einlegen möchten. Nach Beendigung der Aussprache verließen die anwesenden Jungdeutschen mit einem Heil auf ihre Partei den Saal, während die übrigen Anwesenden ein dreifaches Siegesheil auf den Marschall Piłsudski und auf den Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler ausbrachten.

In den vorläufigen Vorstand der Ortsgruppe Goldfeld wurden gewählt: Bauer Wirth-Goldfeld, Wirth-Goldfeld, Wisski-Dobisch, Girisch-Sienno, und in die vorläufige Revisionskommission: Werner-Walde und Franz-Bösendorf.

Ortsgruppe Friedingen.

Ebenfalls am Donnerstag, dem 20., wurde in Friedingen eine Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung gegründet. Bauer Bosse-Friedingen eröffnete die Versammlung und gab gleich zu Beginn der Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Bevölkerung von Friedingen den guten Ruf, den die Ortschaft während des Krieges und in der Nachkriegszeit in allen Fragen des Deutschtums bewahrt habe, auch jetzt bewahren werde, durch die einmütige Gründung der Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung. Darauf sprach Schriftleiter Heppke über die Geschichte des Deutschtums in Polen und zitierte dabei aus der alten polnischen und aus der jungen deutschen Vergangenheit Beispiele dafür, daß Parteienstreit und Parteienhaß stets ein Volk zum Abgrund führen. Dr. Ernst Hempel schilderte darauf den Weg der Deutschen Vereinigung und erläuterte die Sätze. Im Anschluß daran erklärte sich die Versammlung in voller Einmütigkeit für die Gründung einer Ortsgruppe.

In den vorläufigen Vorstand wurden gewählt: Hermann Rickmeyer-Friedingen, Heinrich Traue-Friedingen, August Menz-Friedingen; in die Revisionskommission: Otto Beyer und Gustav Wolf jun., beide aus Friedingen.

Die beiden Gründungsversammlungen sowohl in Goldfeld wie auch in Friedingen wurden mit dem Absingen des Feuerspruchs würdevoll beschlossen.

Erste Mitgliederversammlung

der Ortsgruppe Bromberg.

Am Donnerstag, dem 20. d. M., hatte der vorläufige Vorstand der Ortsgruppe Bromberg der Deutschen Vereinigung seine Mitglieder zu einer Versammlung geladen, die von dem Hauptgeschäftsführer Dr. Kohner eröffnet wurde. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Brüder in Beben und Grüben“ entwickelte der Vorsitzende Dr. Staemmler nach einem Rückblick auf die Vergangenheit ein großzügiges Programm, wie er sich die gegenwärtige praktische Hilfe im Rahmen der Deutschen Vereinigung zur Gewinnung einer wahren Volkgemeinschaft denke. Sowohl auf den berührten Gebieten nicht schon andere bewährte Helfer und Einrichtungen bestanden, müßten alle Volksgenossen, die dazu imstande wären, hand an legen, damit das große Werk der Einigung und Erneuerung gelingt. Dem Redner, dem unlängst auch die Jungdeutschen ihre Achtung bezeugt hatten, dankte der Vorsitzende der Mitglieder.

Als zweiter Sprecher des Abends wies Herr Niedfeldt, der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, in überzeugender Weise nach, daß alle Arbeit Hohlheit und Phrase bleiben müsse, wenn wir die Erneuerung nur von anderen verlangen wollten, nicht aber von uns selbst. Die Unterschiede des Standes und der Geburt berechtigen keineswegs zu irgend welchem Selbstdunkel. Jeder Mensch erhalte seine Bewertung nicht durch die Art seines Berufes, sondern durch das Maß, mit dem er seine Pflicht erfüllt. Über der Arbeit des Einzelnen stehe der Dienst an der Volkgemeinschaft, der eine feste Brücke der Achtung und des gegenseitigen Verstehens verlange und den Kampf gegen die finsternen Mächte des Klassenhauses, der Missgunst und der gemeinen Verleumdung.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Redner nach, warum für uns deutsche Minderheit in Polen keine Partei, sondern nur die Einheitsorganisation der Deutschen Vereinigung in Frage komme. Auch diese packende Aussprache wurde mit größter Aufmerksamkeit und Lebhaftigkeit Beifall aufgenommen.

Die Vorträge wurden von einem Jugendchor mit Liedern des jungen deutschen Volkes umrahmt und unterstrichen.

Am Ausgang aus dem Saal traten die Sammelbüchsen für die Deutsche Nothilfe in Tätigkeit.

Emigranten aus Polen

in Sowjetrußland hingerichtet.

Aus Moskau wird polnischen Blättern berichtet, daß sich unter den nach dem Leningrader Attentat hingerichteten Personen auch 29 befinden, die seinerzeit aus Polen nach Sowjetrußland abgewandert sind. Ihrem Volkstum nach sind es Polen, Ukrainer und Weißrussen. Unter den hingerichteten Ukrainern sollen sich auch der Kiewer Universitätsprofessor Kruschelnitsky und der Journalist Batschynsky befinden.

General Sikorski — Posener Kommandeur?

Warschauer Gerüchte.

Warschau, 21. Dezember. (OG) Schon vor einigen Tagen tauchten in den Warschauer politischen Kreisen Gerüchte über die angeblich bevorstehende Rückkehr des Generals Sikorski in den aktiven Heeresdienst auf. Nunmehr haben sich diese Gerüchte verdichtet und eine bestimmtere Form angenommen. Wie verlautet, soll General Sikorski das Kommando über das in Polen stationierte Armeekorps übernehmen, dessen bisheriger Chef General Frank vor einer Woche verstorben ist.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 21. Dezember 1934.
Krakau - 2,65 (- 2,65), Jawischow + 1,54 (+ 1,58), Warschau + 1,71 (+ 1,77), Bock + 1,52 (+ 1,57), Thorn + 1,86 (+ 1,93), Norden + 1,97 (+ 2,03), Czum + 1,85 (+ 1,89), Graudenz + 2,06 (+ 2,10), Kurzefratz + 2,26 (+ 2,31), Piešť + 1,68 (+ 1,72), Dirschau + 1,74 (+ 1,77), Einlage + 2,36 (+ 2,38), Schlesienhorst + 2,42 (+ 2,44). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Bromberg sucht neue Einnahmequellen.

Aus dem Stadtparlament.

Der Punkt der Tagesordnung, der in der gestrigen Sitzung des Bromberger Stadtparlaments das Hauptinteresse auf sich gezogen und eine lebhafte Diskussion ausgelöst hatte, wurde vom Magistrat als Antragsteller bei Beginn der Sitzung zurückgezogen. Es handelte sich darum, daß der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag vorlag, u. a. den bisher 20prozentigen Kommunalzuschlag für Patente und Registerkarten auf 30 Prozent zu erhöhen und den Kommunalzuschlag für die staatliche Umsatzsteuer bis 25 Prozent festzulegen. Da diese Frage bei dem jetzt fällig werdenden Auskauf der Patente möglichst bald gelöst werden muß, so soll in den nächsten Tagen eine neue dringende Stadtverordneten-Versammlung einberufen werden. Im Zusammenhang damit sei darauf hin gewiesen, daß in allen Wirtschaftskreisen der Stadt Bromberg eine große Unklarheit darüber herrscht, ob die Patente mit den von der staatlichen Steuerbehörde verlangten 30-prozentigen Kommunalzuschlägen ausgelaufen werden müssen, weil man vielfach darauf hinweist, daß der Stadt Bromberg eine solche Forderung rechtlich noch nicht besteht.

Die Stadtverordneten-Sitzung trug im allgemeinen den Charakter der Bewilligung von zusätzlichen Einnahmequellen für die Stadt, deren finanzielle Lage bei der anhaltenden Krise nicht mehr so günstig ist wie früher. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, den Kommunalzuschlag zur staatlichen Grundsteuer für das Jahr 1935 mit 100 Prozent festzulegen und ebenso die Grundsteuer von unbebauten Plätzen mit 100 Prozent der staatlichen Steuer festzulegen, wurde nach einer kurzen Debatte mit überwiegender Mehrheit angenommen. Um eine weitere Einnahmequelle anzufinden zu machen, wurden die Kommunalzuschläge zur staatlichen Einkommenssteuer neu festgesetzt, und zwar nach folgender Skala: Bei Einkommen von 1500 bis 24 000 Zloty jährlich — 4 Prozent, von 24 bis 88 000 — 4,5 Prozent, und darüber — 5 Prozent.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung ging dahin, die Eröffnungs- und Schluszeiten für Lebensmittelgeschäfte neu festzulegen. Mit Vertretern der Lebensmittelgeschäfte brachte der Magistrat folgenden Antrag zur Abstimmung: die Lebensmittelgeschäfte dürfen ohne Rücksicht auf die Jahreszeit von 6.30 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet sein, vor den Feiertagen von 7 bis 19 Uhr. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte für diesen Antrag.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine Geheim sitzung an.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 21. Dezember.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Gottes Besuch!

Schriftabschnitt: Luf. 57—80, Lied: Nr. 5 Wie soll ich dich empfangen?

Unser Schriftabschnitt führt uns in die Stunde der Geburt des Vorläufers Jesu und an den Tag seiner Namengebung. Da geschieht etwas Wunderbares: Zacharias findet seine Sprache wieder und gibt dem Kind den Namen Johannes: Gott ist gnädig! Ein schöner Name: Gnade Gott! Zacharias hat solche Gnade an sich selbst und seinem Hause erfahren, aber auch das Volk, dem Gott diesen Wegbereiter sendet, denn hierin wird offenbar, daß Gott sein Volk besuchen und erlösen will. Am 14. Dezember waren 450 Jahre vergangen seit Paul Speratus, Luthers Zeitgenosse geboren wurde. Er hat das Lied gedichtet: Es ist das Heil uns kommen her aus Gnade und lauter Güte. Dast ist auch im Lobegefang des Zacharias der Grundton: Gott hat besucht und erlöst sein Volk! Durch die herzliche Barmherzigkeit Gottes hat uns besucht der Aufgang aus der Höhe. Die Gnadenonne ist aufgegangen über der Welt und der Morgenstern, der ihrem Aufgang vorangeht, ist Johannes, der Täufer, von Gott gesandt, ihm den Weg zu bereiten. Wir stehen nun unmittelbar vor dem lieben Weihnachtsfest. Alles rüstet sich auf den schönen Tag. Kinder freuen sich der erwarteten und erhofften Überraschungen, die Eltern lieben ihnen befreien will. Ist auch unser Herz bereit, ihn zu empfangen und die Botschaft von unserem ewigen Erlösungsheil willig aufzunehmen? Als Zacharias seinen Lobegefang anstimmte, da hat er gewiß noch in der Weise des Volkes seiner Tage sich von dem kommenden Heiland ein anderes Bild gemacht als es in Wirklichkeit hernach in der Fülle der Zeit erscheinen sollte. Er denkt noch an Wiederaufrichtung des Reiches Davids im Sinne der alten Königsherrlichkeit. Ach nein, dazu kommt er nicht. Aber er will Größeres bringen. Er soll unsere Füße richten auf den Weg des Friedens, wie Zacharias sagt. Friede aber ist nur, wo er das Friedenswort spricht von der Vergebung und Gnade Gottes. Darum wollen wir bitten: Ach mache doch mich Armen in dieser heiligen Zeit aus Gnade und Erbarmen Herr Jesu selbst bereit. Amen.

D. Blau - Posen.

Das volksdeutsche Weihnachtslicht als Adventsleuze.

Wir lesen im „Hamburger Fremdenblatt“:

Daß das blaue Weihnachtslicht des VDA — ein sichtbares Zeichen des Gedankens an alle Auslandsdeutschen — sich mittlen hineinstellt in altes Brauchtum, zeigt seine Verwendung schon in der Adventszeit, in der wohl in jedem deutschen Haus ein Adventskranz mit Lichtern und Bändern zu finden ist. In einem mecklenburgischen Haus steht das blaue Weihnachtslicht schon fest in einer Hängevase an der Wand. Darunter hängt ein Spruchband mit den Worten:

Was sagt das blaue Weihnachtslicht?

Ich brenne nicht für einen einzelnen,
Nicht für ein Haus, nein, für ein ganzes Volk.
Für alle Deutschen auf dem Erdenrund,
In Ost und West und Nord und Süd
Und in der fernen Welt jenseits des Meeres.
Biel blaue Lichter brennen so wie ich
Als Dank und Gruß und schweigendes
Gelöbnis



Auf jeden Gabentisch gehört NIVEA

Denn mit NIVEA bereiten Sie Freude! Sei es NIVEA-Creme oder - Zahnpasta, NIVEA-Seife, - Kinderseife oder ein anderes NIVEA-Erzeugnis, immer wird es den Beschenkten besonders erfreuen, weil er von Ihrem Geschenk auch Nutzen hat. NIVEA-Erzeugnisse sind wirklich gut und preiswert!

NIVEA-Creme ZI 0,40 bis 2,60, Zahnpasta ZI 1.— u. 1,50, Seife u. Kindersiefe 1 Stück ZI 1,20, Karton mit 3 Stück ZI 3,30, Badeseife ZI 1,50, Karton mit 3 Stück ZI 4,25.

Der Heimat an die Söhne, die ihr kämpfend
Treue halten.

Von einer Flamme werden wir verzehrt,

Ein Feuer glutet in uns allen: Deutschland!"

Die ewige Musik

Wer die Musik sich erkiest,
Hat ein himmlisch Gut bekommen,
Denn ihr erster Ursprung ist
Von dem Himmel selbst genommen.
Wenn einst in der letzten Zeit
Alle Ding wie Rauch vergehen,
Bleibet in der Ewigkeit
Doch die Musik noch bestehen,
Weil die Engel ins gemein
Selbststen Musikanten sein.

Orgelspruch aus dem Schwäbischen, mitgeteilt von Ernst Bertram im Dezemberheft „Das Innere Reich“.

Die Post in den Feiertagen. Am Vortage des Weihnachtsfestes, d. h. am 24. Dezember, sind sämtliche Post- und Telegraphen-Amter und -Agenturen im ganzen Lande bis 5 Uhr nachmittags geöffnet. Am 25. d. M., dem ersten Weihnachtsfeiertage ruht der Aufsendeinst vollständig. Am 26. Dezember verkehren die Post- und Telegraphen-Amter den Feiertags-Schalterdienst von 9—11 Uhr vormittags, es werden auch einmal sämtliche Postsendungen zugestellt. Die Dienstdauern in der Telegraphie und Telephonie bleiben sowohl am Vortage zum Weihnachtsfest als auch während der Feiertage unverändert.

Die Bürokarosse bittet uns, mitzuteilen, daß der Starost am Montag, dem 24. d. M., nur bis spätestens 11 Uhr in dienstlichen Angelegenheiten zu sprechen ist.

Einen Unfall erlitt bei der Arbeit an der Stanze der 18jährige Stanislaw Chrapkowski, der in der Möbelbeschlagsfabrik in der Töpferstraße beschäftigt ist. Infolge von Unvorsichtigkeit wurde ihm durch die Stanze der Daumen der rechten Hand zerquetscht. — Einen ähnlichen Unfall erlitt die 20jährige Helene Kowalska, Wilhelmstraße (Zagłębiowska) 40. Die K. geriet beim Nähen von Säcken mit dem linken Daumen unter die Nadel der Nähmaschine, wobei ihr die Finger durchstochen wurde. Beide Verletzten wurden nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

Einen Selbstmordversuch unternahm eine 33jährige Ehefrau infolge von Ehezwistigkeiten: Sie nahm eine giftige Flüssigkeit zu sich. Der Lebensmüden wurde im Städtischen Krankenhaus der Magen ausgepumpt. Lebensgefahr besteht nicht.

Ein großer Diebstahl wurde im Juli d. J. in der Wohnung des Dentisten Bigalke, Bülowstraße (Mickiewicza) 5 verübt. Den Bemühungen der Polizei gelang es jedoch, einen Teil der Diebesbente in Schulz ausfindig zu machen; und zwar konnte der Bestohlene einen neuen Anzug und einen Koffer wieder zurückhalten.

Beim Diebstahl erschossen wurde der 39jährige Samuel Holander. Bei dem Landwirt Jan Głowacki in Dąchanowo, Kreis Bielin, wurden des Öfteren Diebstähle verübt, so daß der Landwirt beschloß, abwechselnd mit seinem Knecht Leon Graczyk Wache zu halten. In der Nacht zum 18. Februar d. J. bemerkte der sich auf Wache befindende Knecht einen verdächtigen Mann, der die Hofmauer überstieg, wahrscheinlich in der Absicht zu stehlen. Als der Dieb sich von dem Knecht angerufen hörte, schwang er sich wieder auf die Mauer, um die Flucht zu ergreifen. Graczyk gab nun auf den Fliehenden einen Schuß ab, an deren Folgen der Dieb, bei dem, wie es sich später herausstellte, um Samuel Holander handelte, verstorb. Graczyk hatte sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Wie aus den ärztlichen Gutachten hervorgeht, soll S. an Herzschwäche gelitten haben, so daß die Todesursache nicht direkt die erlittene Schußverletzung gewesen sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis mit Strafauftschub.

Ein dreister Diebstahl wurde auf dem Lastkahn des Schiffseigners Jan Kurek, der hier am Ladekai an der oberen Brücke festgelegt hat, verübt. Unbekannte Diebe erbrachen auf dem Lastkahn die Tür zu dem Wohnraum und stahlen dann aus einem Schubfach einen Betrag von 420 Zloty. Die Polizei, der der Diebstahl gemeldet wurde, hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

Festgenommen wurde eine unbekannte Frau, als sie mit einem Handwagen, auf dem sich sieben gestohlene Tannen befanden, nach der Stadt fuhr.

Bvereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Musikalische Vesper. Am Sonntag, dem 23. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Evangel. Pfarrkirche in Bromberg eine volksmäßige Weihnachtsmusik statt.

Crone (Korowino), 20. Dezember. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 1,10—1,30, Eier brachten 1,30—1,60 die Mandeln, Kartoffeln 1,20—1,40 der Bentner. Mastschweine wurden mit 22—29 Zloty der Bentner, Absatzferkel mit 7—10 Zloty das Paar abgegeben.

Auf der kürzlich abgehaltenen Treibjagd der Gemeinde Nowinek wurden von 15 Schülern 28 Hasen erlegt.

Gnesen (Gniezno), 20. Dezember. Einen seltenen Fischfang machte der Fischer des Kreissee in Winiary bei Gnesen. Im Netz hatte er außer Fischen einen gefüllten Sack, als der Sack aufgemacht wurde, kamen ein geschlachtetes Schaf und drei Hühner zum Vorschein. Man nimmt an, daß Diebe den See als Aufbewahrungsort für ihre Beute benutzt.

Der Polizei gelang es auf dem Jahrmarkt in Witkowo, Kreis Gniezen, drei Spießhüben festzuhalten, die den Kaufleuten Stoffe und einen Pelz gestohlen hatten.

Wrocław (Wrocza), 20. Dezember. Am 16. dieses Monats wurde in Grenzdorf (Gliwica) eine Treibjagd veranstaltet. Von 15 Schülern wurden 51 Hasen erlegt. Jagdkönig mit acht Hasen wurde Gutsbesitzer Herbert Beier-Gliwica.

Der norwegische Schriftsteller Elvestad gestorben.

Der bekannte norwegische Schriftsteller und Journalist Sven Elvestad ist Dienstag abend im Alter von 50 Jahren an einem Schlaganfall gestorben, als er sich dienstlich in Skien befand, um an der Reise des ersten Dampfers der neuerrichteten norwegischen Palästina-Linie teilzunehmen.

Elvestad hat unter dem Decknamen Stein Riverton eine große Anzahl von Detektivromanen herausgegeben, die auch in mehreren anderen Sprachen, darunter in Deutsch erschienen sind, daneben ferner mehrere literarische Werke, u. a. Gesellschaftssatiren. Seit Anfang er war Elvestad vom langjährigen Mitarbeiter zum Chef des Nachrichtendienstes der großen Zeitung "Tidens Tegn" herausgerückt. Mit ihm hat die norwegische Journalistik einen ihrer hervorragendsten Männer verloren.

Briefkasten der Redaktion.

Rudolf. Für die Realisierung des fraglichen Geschäfts dürfte es eine Möglichkeit geben, daß Ihr Verwandter den Versuch macht, sich auf Grund eines Antrags bei der deutschen Handelskammer für Polen in Berlin, Dorothaeenstraße, in das deutsch-polnische Kommissionsabkommen einzuhalten. Ob es damit noch zurecht kommt, können wir allerdings nicht sagen. Eine zweite Möglichkeit wäre vielleicht gegeben, wenn Ihr Verwandter sich auf Bezahlung der hier gefallenen Ware in Polen Geld beschafft, so daß also ein Abschluß von Devisen aus Deutschland nicht in Frage käme. Aber für diese Eventualität würden wir empfehlen, daß sich Ihr Verwandter zur vollen Klärung der Sach vorher mit der Devisenüberwachungsstelle in Deutschland in Verbindung setzt.

Elin I. Wenn der Vater Ihnen ein Zimmer (von seiner Wohnung — nehmen wir an) überlässt, dann kann er nicht eine höhere sondern höchstens eine niedrigere Lokalsteuer bezahlen. Die Lokalsteuer würde geringer werden, wenn der Vater bisher eine Wohnung von 4 Zimmern gehabt hätte und würde nun nach der Abgabe eines Zimmers an Sie nur eine Wohnung von drei Zimmern haben. Denn von einer Wohnung von 4 Zimmern ist eine Lokalsteuer von 12 Prozent und von einer Wohnung von 3 Zimmern nur eine solche von 8 Prozent zu zahlen. 2. Sie sind in keiner Weise verpflichtet, weil Sie ordnungsmäßige Geschäftsbücher führen, der Schweizer einen Schuldchein auszustellen, wenn Sie keinen solchen haben will. 3. Wenn Ihr Umsatz im Jahre 1938 unter 15 000 Zloty blieb, brauchen Sie für das Jahr 1939 entsprechend der letzten Verordnung des Finanzministers nur ein Gewerbesteuern IV. Kategorie zu zahlen.

N. A. D. Von den 14 Nummern der Anleiheabführungsabteilung, die Sie uns mitteilten, sind drei bereits gegeben, nämlich die Nummer 48 369 am 14. 10. 29, die Nummer 88 340 am 9. 10. 38 und die Nummer 40 585 am 4. 6. 34. Für jede der ausgelösten Nummern erhalten Sie den fünfsachen Betrag des Nennwertes des Auslosungsrechtes nebst 4½ Prozent Zinsen, und zwar für den Betrag unter Nummer 48 369 Zinsen für 4 Jahre, für die im Jahre 1938 gezogene Nummer Zinsen für 8 Jahre und für die im Juni 1938 gezogene Nummer Zinsen für 8½ Jahre. Die im Jahre 1929 gezogene Nummer hat nur auf Zinsen bis Ende des genannten Jahres Anspruch. Wegen Auszahlung der Beträge müssen Sie sich an die Reichsschuldenkasse in Berlin SW 88, Oranienstraße 106 bis 109, wenden. Die Beträge für die gezogenen Auslosungsrechte, die im Reichsschuldbuch eingetragen sind, werden den Gläubigern, soweit sie in Deutschland wohnen, durch die Post zugesandt, ohne daß sie sich darum zu bemühen brauchen. Mit der Auszahlung der Beträge an in Polen wohnende Gläubiger dürfte es aber jetzt schwer, da bekanntlich zurzeit in Deutschland die Ausfuhr von Devisen gesperrt resp. nur mit Genehmigung der Devisenverwaltung gestattet ist.

Paul. Grundenz. Als Usance (brauch) gilt, daß, wenn der Hauswirt in demselben Hause wohnt, der Mieter ihm die Miete in seine Wohnung zu bringen resp. zu schicken hat. Wohnt der Wirt dagegen nicht im Hause, dann muß er sich die Miete abholen oder abholen lassen, und wenn er dies nicht tut, so ist der Mieter berechtigt, wenn er die Miete per Post schickt, sich das Porto aufzuzahlen. Dieser Brauch ist auf frühere Entscheidungen zu deutscher Zeit zurückzuführen.

Gretchen 1000. 1. Wenn es sich um eine Darlehenshypothek handelt, beträgt die Aufwertung 15 Prozent = 111,11 Zloty, das von 5 Prozent Zinsen zu zahlen = 55,55 Zloty pro Jahr. Wenn Sie bisher freiwillig mehr gezahlt haben, so können Sie das Mehr nicht zurückfordern und auch nicht auf die künftigen Mieten verrechnen. 2. 8000 Mark vom Juni 1919 hatten einen Wert von 1428,50 Zloty. Wenn es sich hier gleichfalls um eine Darlehenshypothek handelt, beträgt die Aufwertung 15 Prozent = 214,27 Zloty.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Haussfreund“

Die beste Zeitung

die unbedingt in Dein Haus gehört' versteht Dich nicht nur mit gutem Nachrichtendienst und interessanter Unterhaltung, sondern wahrt auch

Deine Interessen.

Unerhörten vertritt die Rechte des Deutschtums die hier führende deutsche Tageszeitung, die

„Deutsche Rundschau in Polen.“

Monatlicher Postbezugspreis 3.89 zt.

→ Tuchel (Tuchola), 20. Dezember. In dieser Woche fand hier eine Versammlung von Mitgliedern und geladenen Gästen des Landbundes statt, zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Junglandbundes. Die Einleitungrede wurde von Herrn Wüstenberg-Kelpin gehalten. Herr Modrow-Falkenhof und Herr Pahl-Konitz sprachen über Zweck und Ziele dieser neuen Vereinigung, worauf dann die Ortsgruppe gegründet wurde. Als vorläufiger Vorsitzender wurde Herr Wüstenberg-Kelpin und als Stellvertreter Herr Böttcher gewählt. Mit einem „Landbundheit“ wurde die Versammlung geschlossen.

→ Strasburg (Brodnica), 19. Dezember. Zwei Stadtverordnetensitzungen fanden am Dienstag statt. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stand als einziger Punkt die Wahl eines Bürgelemeisters. Bürgermeister Bloksus gedachte in seiner Ansprache des kürzlich verstorbenen, bisherigen Bürgelemeisters Dr. Ronowksi. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen, indem sie sich von den Plänen erhoben. Als Kandidat für den Posten des Bürgelemeisters war Paul Krzyżewski vorgeschlagen, der auch mit 10 von 15 Stimmen gewählt wurde. Nach einer Pause von 10 Minuten wurde die zweite Sitzung eröffnet. An Stelle des verstorbenen Dr. Ronowksi wurde Professor Gastrzebski in sein Amt eingeführt. Es wurde beschlossen, einige Straßen der Stadt neuen Namen zu geben, während Straßen, die noch keinen Namen besaßen, vor allem in Karben und Michelan, welche Gemeinden jüngst zur Stadt zugeschlagen worden sind, einen solchen erhielten.

→ Landsburg (Wiecbork), 20. Dezember. Verhaftet wurden auf dem hiesigen Bahnhof zwei Einbrecher aus Lódz namens Jan und Anton Orłowski. Sie waren in der Nacht in das Bureau der Mühle Kloß in Konitz eingedrungen, hatten den eisernen Geldschrank aufgebrochen und den Inhalt geraubt. Die Einbrecher benutzten den Frühzug in Richtung Nakel, wo sie von der inzwischen in Kenntnis gesetzten Polizei auf dem dortigen Bahnhof gefasst und nach Konitz zurücktransportiert wurden.

Auf dem letzten Wochenmarkt wurden gezahlt für Butter 1—1.20, für die Mandel Eier 1.40—1.60. Auf dem Schweinemarkt kostete das Paar Ferkel 8—12 Zloty.

Ein Diebstahl wurde bei dem Besitzer Krajewski in Sino verübt, wo die Diebe in den Stall drangen, drei Schafe, zwei Schweine und eine Gans stahlen, die Tiere an Ort und Stelle abschlachteten und mit ihrer Beute das Weite suchten.

Baut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt ist auf dem Gebiet des Besitzers Friedrich Beck I in Lubicha unter den Schweinebeständen die Notlauffeuche festgestellt worden. — Erloschen ist die Notlauffeuche unter den Schweinebeständen des Besitzers J. Wiese in Spynewo.

Um kommenden Goldenen Sonntag sind die hiesigen Geschäfte von 13—18 Uhr geöffnet.

Wegen Diebstahls von Stiefeln im Werte von 30 Zloty zum Schaden des Anton Kowalski in Gr. Butau hatte sich ein gewisser Br. Lukomski aus Obendorf vor Gericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte den B. zu einer Woche Arrest mit zweijähriger Bewährungsfrist.

Freude zum Fest!



NHK
Schenkt Weihnachtspäckchen
für unsere arbeitslosen Volksgenossen!

Stapellauf des polnischen Ozeandampfers

„M. S. Marshall Piłsudski.“

Triest, 20. Dezember. (PAT) Auf der Monfalcone-Werft bei Triest wurde am Mittwoch der erste der beiden großen polnischen Ozeandampfer, die dort durch die Gdingen-Amerika-Linie in Bau gegeben werden, vom Stapel gelassen. Zu der Feier war aus Rom der polnische Botschafter Wysocki sowie aus Warschau eine besondere Delegation mit dem Vizeminister des Ministeriums für Industrie und Handel Doležal und dem Vizeminister im Verkehrsministerium Bobrowski an der Spitze eingetroffen.

Nach einer kirchlichen Zeremonie vollzog den Taufakt Frau Wanda Pełczyńska mit einer kurzen Ansprache. Das Schiff, das den Namen „Marshall Piłsudski“ erhielt, lief darauf vom Stapel.

Die Feier in Triest.

Nachdem die polnische Delegation in Triest eingetroffen war, wurde sie durch den Provinzialrat der korporativen Wirtschaft mit einem Frühstück empfangen, in dessen Verlauf mehrere Ansprachen gehalten wurden. Der Vorsitzende des Aussichtsrats der Vereinigten Triester Werften Giunta begrüßte die polnischen Gäste und versicherte sie der großen Sympathien, die für Polen das italienische Volk nähere, das seit langem mit großem Interesse die Entwicklung der historischen Ereignisse in Polen beobachtet. „Polen weiß“, sagte Giunta, „dass man, um seine Macht zu festigen, nicht allein eine starke Armee benötigt, sondern sich auch auf den Seehandel stützen und die Wirtschaftsbeziehungen mit den hinter dem Ozean gelegenen Ländern entwickeln muss.“

Frischer haben Polen und Italien Märtyrer und um die Unabhängigkeit kämpfende Helden ausgetauscht, heute tauschen die beiden Länder Schiffe und Kohlen aus.“

Die Ansprache schloss mit einem Hoch auf die Gdingen-Amerika-Linie und das polnische Volk.

Der zweite Redner, Botschafter Wysocki, betonte die Gefühle, die Polen mit dem Meere verknüpfen, das eines der grundsätzlichen Garantien der Unabhängigkeit Polens sei. Der Redner begrüßte das neue System der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerade zwischen Polen und Italien und schloss mit einem Hoch auf den König von Italien, den Regierungschef, sowie das italienische Volk. Schließlich sprach noch im Namen Mussolini der Unterstaatssekretär im italienischen Verkehrsministerium, Vioacono, der hervorhob, der Bau der polnischen Schiffe in der Monfalcone-Werft sei nicht allein das Ergebnis der Wirtschaftsabkommen, sondern auch ein Beweis für die Wiederaufnahme der Jahrhunderte langen polnisch-italienischen Zusammenarbeit. Das neue Schiff, das den Namen des großen Helden, des Schöpfers der Unabhängigkeit Polens, des Marshalls Piłsudski, in die Welt tragen wird, sei ein neues Werkzeug des Friedens, aber auch ein Beweis der Macht Polens. Mit einem Toast auf Marshall Piłsudski, den großen Führer und das Symbol der Staatsmacht Polens, fand der offizielle Teil seinen Abschluss.

*
Vor ungefähr einem Jahre war zwischen der ostoberschlesischen Kohlentheorie und der italienischen Staatsbahnhverwaltung ein Vertrag auf Lieferung von insgesamt 1600000 Tonnen ostobergeschlesischer Kohle, auf vier Jahre verteilt, abgeschlossen worden. Als Gegenleistung dafür wurden bei der Monfalcone-Werft in Triest zwei große Überseeschiffe für den Personen- und Frachtverkehr zwischen Gdingen und Amerika in Auftrag gegeben. Das erste dieser beiden Schiffe, das jetzt vom Stapel gelaufen ist, soll im August nächsten Jahres in den Dienst gestellt werden. Ihm wird „Batory“ folgen, dessen Stapellauf für den Juni nächsten Jahres in Aussicht genommen ist.

„M. S. Marshall Piłsudski“ hat alle Bequemlichkeiten und Unterhaltungseinrichtungen für die Fahrgäste (Schwimmbad, Theater- und Kinosaal, Tennisplätze usw.), wie sie heute auf großen Überseeschiffen üblich sind. Die Inneneinrichtung erfolgte nach Entwürfen polnischer Architekten und Künstler, wobei nach Möglichkeit auch Material aus Polen verwendet wurde. Das Schiff ist für 800 Fahrgäste berechnet, das gesamte Schiffspersonal wird rund 260 Köpfe zählen. An Frachtgütern können 2000 Tonnen verladen werden. Die Reise von Gdingen nach Amerika soll acht Tage dauern.

Warum Batory und nicht Paderewski?

Der „Narodowiec“, das in Paris erscheinende Organ der polnischen Emigration in Frankreich, macht in einem Kommentar zu dem Stapellauf des Ozeandampfers „Marshall Piłsudski“ folgende Bemerkungen:

„Der erste Dampfer wird „Marshall Piłsudski“ heißen, dem widersteht sich niemand. Dagegen hat der Name des zweiten Dampfers, der „Batory“ heißen soll, bei der polnischen Emigration in Amerika einen fast allgemeinen Widerspruch ausgelöst. Nicht, dass die patriotische polnische Emigration in Amerika die Größe und Verdienste des Königs Batory in der Geschichte Polens nicht anerkennen würde. Mit Recht steht aber die dortige Emigration auf dem Standpunkt, dass, wenn ein Schiff den Namen eines Lebenden großen Polen tragen soll, kein Grund vorliegt, dass das zweite Schiff nicht den Namen eines anderen lebenden großen Polen tragen soll, der mit der amerikanischen Emigration eng verbunden ist, d. h. den Namen „Ignacy Paderewski“. Paderewski ist eng verbunden mit der Geschichte der polnischen Emigration in Amerika in den letzten Jahren. Für die amerikanische „Polonia“ war die Person Paderewskis viele Jahre lang geradezu die Personifizierung Polens. Die polnische Emigration in Amerika fordert also, dass man das zweite Schiff „Paderewski“ tauft. Dafür spricht sich die gesamte polnische Presse in Amerika aus. Man hat sich mit dieser Bitte an die entsprechenden Stellen gewandt, um entsprechend dem Wunsche der ganzen Übersee-Emigration zu versuchen. Man hat der Bitte nicht stattgegeben und beharrt vielmehr auf dem Namen „Batory“, wenngleich es schwer ist, eine Begründung dafür zu finden, weshalb das Schiff gerade den Namen dieses Königs tragen soll, da Batory trotz seiner großen Rolle in der Geschichte Polens gerade mit dem Meere nicht verbunden gewesen ist. Jetzt führt die polnische Presse in Amerika eine lebhafte Kampagne gegen diese Missachtung der Stimme der Emigration. Die Zeitung „Pittsburghian“ behauptet z. B., dass man der Emigration eine moralische Backpfeife gegeben habe.“

Nach Ansicht des „Narodowiec“ hat die polnische Emigration in Amerika das Recht zu fordern, dass ihre Stimme gehört werde. Das Blatt betont dabei, dass diese Stimme nicht allein die Stimme der polnischen Emigration in Frankreich, sondern die Stimme des ganzen Volkes sei.

Die Expedition Sven Hedin.

Nach Nachrichten aus der Provinz Kansu traf Sven Hedin mit seiner Expedition in der Stadt Sutchi (Kansu) ein. Er hatte die Stadt Urumtschi (Provinz Hsin-Chuan) am 20. Oktober verlassen und erreichte über Hami am 30. Oktober Ans. Sodann beschäftigte er sich mit der Erforschung zweier alter Seidenhandelsstraßen aus der Zeit der Han-Dynastie. Er nahm auch Vermessungsarbeiten für eine Autobahn vor die entlang der alten Kaiserstraße durch Kansu gebaut werden soll.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 23. Dezember.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55: Deutsche Feierstunde. 11.00: Deutsche Dichter zur Weihnacht. 11.30: Ludwig Holberg. Morgenfeler der Norddeutschen Gesellschaft in Gemeinschaft mit der NS-Kulturgemeinde anlässlich des 250. Geburtstages des dänischen Dichters. 12.30: Konzert. 14.00: Kinderfunkspiele. 14.45: Drei Hände legen sich ums Licht. 15.10: Stunde des Landes. 16.00: Konzert. 18.00: Die vierte Adventsstunde. In geweihten Nächten . . . Von der Vorweihnachtszeit und dem letzten Adventslicht! 18.40: Parade der Sinfoniedaten. 20.00: Die Nacht der tausend Wünsche. Ein hinter Gabentisch des Deutschlandsenders. 22.00: Nachrichten. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Schallplatten. 06.35: Konzert. 08.25: Schallplatten. 09.05: Christliche Morgenfeier. 10.00: Weihnachtsbriefe. 10.30: Es weihnachtet. 11.30: Ludwig Holberg-Feier. 12.15: Konzert. 14.35: Morgen Kinder, wirb's mas geben. Ein weihnachtliches Schallplattenkabarett für Groß und Klein. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Konzert. 18.00: Lezte Weihnachtsstunde. 18.30: Klaviermusik. 19.25: Petermann schlägt Frieden. 20.00: Weihnachtsoratorium. 22.30—01.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 08.20: Landfunk. 09.00: Christliche Morgenfeier. 11.00: Lieder von R. Trunk. 11.30: Ludwig Holberg-Feier. 12.15: Konzert. 14.00: Schachfunk. 14.45: Schallplatten. 15.25: Morgen kommt der Weihnachtsmann zu Michel und Hänschen. Hörspiel von Ilse Höller und D. Luz. 16.00: Konzert. 18.00: Kalender 1935. 18.20: Deutscher Advent. 18.45: Weihnachtsmarkt in Pr. Holland. 19.15: Weihnachtswelten. 20.00: Uraufführung: Adventsspiel, von Agnes Miegel. Musik von Otto Besch. 20.45: Abendkonzert. 22.30—24.00: Tanzmusik.

Leipzig.

08.35: Konzert. 08.20: Orgelmusik aus fünf Jahrhunderten zur Deutschen Weihnacht. 08.50: Morgenandacht. 09.20: Eine Dorflurnde singt Advents- und Weihnachtslieder. 10.00: Bauer an der Grenze. 10.20: Das ewige Reich der Deutschen. 11.30: Ludwig Holberg-Feier. 12.15: Konzert. 13.00: Konzert. 14.05: Kleine Stücke großer Meister (Schalp). 14.35: Deutsches Bauerntum. 15.00: „Der Struwwelpeter“ oder „Lustige Geschichten und drollige Bilder“ für Kinder von drei bis sechs Jahren von Dr. H. Hoffmann, für eine Singstimme und Klavier von N. Schulze. 15.30: Es weihnachtet sehr. Hörspiel von Liselotte Haase. 16.00: Vor dem Weihnachtszimmer. 18.00: Aus fröhlicher Laune. Heitere Schallplattenstunde. 19.00: Weihnachtsbräuche und Weihnachtslieder in aller Welt. 19.35: Richard Eggerer liest aus seinem Schwankbuch: „Bagel Bunt“. 20.00: Christstille. Spieloper in zwei Akten nach der Originaldichtung. 22.30—24.00: Unterhaltungsmusik.

Warschau.

09.05: Schallplatten. 12.15: Matinee der Philharmonie. Berufe von Tschaillowsky. 14.10: Schallplatten. 15.15: Hawaiische Gitarre. 16.20: Violinvortrag. 17.00: Reginallieder aus Posen für Sopran und Tenor. 19.00: Beliebte Kompositionen. 20.00: Konzert. 21.00: Heitere Sendung. 22.00: Werbekonzert. 22.30: Tanzmusik.

*

Auslandddeutsche Weihnachts- und Neujahrs- sendungen im deutschen Rundfunk.

Verschiedene reichsdeutsche Sender werden in den nächsten Tagen eine ganze Reihe grenz- und auslandddeutsche Sendungen veranstalten, um in den Feiertagen mit den Volksgenossen, jenseits der Grenzen die seeliche Verbindung recht eng zu gestalten. Den Auftakt der weihnachtlichen Sendungen macht München am 19. Dezember mit einer Vorstellung deutscher Weihnachtslieder aus den auslanddeutschen Gebieten. In Breslau, Leipzig und Berlin singen die bekannten alpenländischen Sänger Blanka Fleur von Schullern und Anton Maria Lopis Hirten- und Krippenlieder aus Salzburg, Tirol sowie aus der Steiermark. Die alpenländischen Weihnachts- und Krippenlieder gehören zu dem Schönsten, was die deutsche Volksmusik hervorgebracht hat. In Leipzig werden in mehreren Veranstaltungen auslandddeutsche Weihnachtslieder gesungen, außerdem veranstaltet Leipzig neuerdings einen Erzähler-Herrnabend, bei dem die originale Kapelle von Max Böhm spielt wird. Am Weihnachtstag um 19 Uhr wird Breslau das nach alten Quellen von Friedrich Dach bearbeitete „Christkindl des Böhmerwalds“ zur Aufführung bringen, das aus der berühmten Kirche Wang im Riesengebirge gesendet wird. Der Reichssender Köln übernimmt diese Sendung, so dass Rheinland auch die Möglichkeit hat, Weihnachtsbräuche und Gesänge des Sudetenlandes kennen zu lernen. Um 21 Uhr wird sodann

Reichsminister Rudolf Heß,

sowie im Vorjahr, die Weihnachtsansprache an alle Auslandddeutschen und die deutschen Seeleute halten, die über alle deutschen Sender geht. Anschließend daran läuft Breslau Weihnachtslieder nach Tonsätzen von Walter Henzel, dem bekannten sudetendeutschen Liedersammler, singen die aus Kärnten, Mähren, der Gottschee, aus Nordböhmen, Niederösterreich, Salzburg und Tirol wie aus Oberschlesien stammen. Stuttgart wird eine Szenenfolge „Weihnachten bei den Auslandddeutschen“ senden, sowie eine Geschichte des böhmischen Dichters Hans Müllerer „Das Christkindl“.

Von besonderem Reiz wird aber für alle Rundfunkhörer eine Sendung sein, die aus der ältesten deutschen Kirche in Nordamerika und zwar aus Baltimore übertragen wird. Es ist eine Weihnachtsmette, die der dortige Pfarrer Evers abhält, und die sowohl m. alisch als auch erbaulich stark auf die Hörer wirkt wird. Bei der deutsch-amerikanischen Geistlichkeit keine Andachtssprüche als einen Weihnachtsgottesdienst an die Heimat gehalten. Die Sendung wird vom Deutschlandsender, von Königsberg und Breslau übertragen. Wenn das Saargebiet auch in keiner Weise deutsches Ausland ist, so ist es gerade in diesen letzten Tagen vor der Abstimmung kämpfendes deutsches Grenzland. Am 28.12. geht eine „Weihnachtssfeier der Saar“ über die deutschen Sender, Beweis stellen wird.

Als Abschluss der im Jahre 1934 veranstalteten zahlreichen Tagen der Auslandddeutschen und als Auftakt für das Jahr 1935 wird der Deutschlandsender am Nachmittag des Neujahrtages eine musikalisch-literarische Hörfolge bringen, in der kein auslanddeutsches Gebiet vergessen ist. Sie hat die Aufgabe, die Empfindungen der Volksgenossen in aller Welt zu Heimat und Volkstum in Wort und Lied zur Darstellung zu bringen. Aussagen wird sie in das Kurzhörspiel von Norbert Langer „Glocken klingen über der Saar“.

Die einzigsten Abstimmungsgebiete haben der Stadt Saarbrücken ein Glockenspiel geschenkt, das vom Rathaussturm die Heimatlieber von Nordrhein-Westfalen und Oberschlesien sowie das Saarlied spielt. In dem Hörspiel werden die Abgesonderten der einzigsten Abstimmungsgebiete den Saardenischen das Glockenspiel übergeben, damit es für Jahrhunderte weiter ins Land schalle. „Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!“

G. H. Reimer

Generaldebatte über den Verfassungsentwurf in der Verfassungskommission des Senats.

Noch bevor die Vollstzung des Senats zu dem Beschluss des Verfassungsausschusses Stellung genommen hatte, in welchem empfohlen wird, zu dem vom Sejm beschlossenen Verfassungsentwurf Änderungen anzumelden, trat am Dienstag abend die Verfassungskommission des Senats abermals zusammen, um mit der Generaldebatte über den Entwurf zu beginnen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden setzte man sich in der Diskussion mit allen Abschnitten der Verfassung auseinander. Die Aussprache begann mit dem Abschnitt I unter dem Titel „Republik Polen“. Der Referent, Senator Graf Rostworowski, verlas die Abänderungen, die er zu diesem Abschnitt vorschlägt, worauf das Wort im Namen des Nationalen Klubs Senator Gąbiński ergriff. Die Abänderungsanträge des Referenten, so sagte er, sind zweifacher Natur: Die einen betreffen die Artikel, die vom Sejm beschlossen worden sind, die anderen dagegen stellen neue Bestimmungen dar, die der Sejm nicht beschlossen hat. Der Senat ist nur zu eventuellen Änderungen in den vom Sejm beschlossenen Texten berufen; die vom Referenten vorgeschlagenen Änderungen gehen jedoch über die Zuständigkeit des Senats hinaus, der nicht das Recht der gesetzgeberischen Initiative hat. Grundsätzlich hat der Sejm nur Verfassungsthesen geschlossen, und der Senat versucht jetzt das auszufüllen, was nach der verfassunglichen Verfassung nach Ansicht des Redners nicht zur Kompetenz des Senats gehört. Senator Perzyński vom Regierungsklub hält diesen Standpunkt nicht für richtig; denn im Sejm habe man nicht Thesen, sondern das Verfassungsgesetz beschlossen. Der Senat sei berechtigt, auch die weitgehendsten Änderungen einzuführen, ohne in bezug auf ihre Materie beschränkt zu sein. Senator Horbaczewski (Ukrainer) erinnert an seine Erklärung in der allgemeinen Diskussion und bringt den Antrag auf

Einführung der territorialen Autonomie des von Ukrainern bewohnten Gebiets

ein. Der Vorsitzende Senator Targowski erklärt, daß über die Anträge zum Schluß abgestimmt werden würde. Hierauf trat die Kommission in die Diskussion über den ersten Abschnitt heran, der zehn Artikel enthält. In einer längeren Aussprache wies Senator Roman (Regierungsklub) auf die

historische Bedeutung

dieses Moments hin, in welchem die Grundsätze des polnischen kollektiven Lebens festgestellt werden sollen. „Indem wir unsere staatliche Zukunft in schwerer Mühe bauen, müssen wir“, so sagte der Redner, „dauernd an unsere geopolitische Lage und die Eigenheiten der nationalen Psyche, schließlich an unsere Tendenz zu Auswachsen der Individualität denken. Der Referent Rostworowski und die Sachverständigen Śląska, Gar und Makowski haben die Richtlinien der Schöpfer der Verfassung dargelegt. Diese Auflösungen werden ein sehr wertvoller Kommentar sowohl für die künftige Ausführung der Verfassung als auch für die breitesten Schichten der Bürger sein, die aus dieser Quelle Weisungen für ihre schöpferische Arbeit und ihr Handeln schöpfen können. In den ersten Artikeln stellt die Verfassung in imperativer Form fest, daß die Grundlage des öffentlichen Lebens in Polen die Grundsätze schaffen, die den Kern der demokratischen Errungenchaften der kulturellen Welt bilden, somit die Bedeutung der unter dem Schutz des Staates befindlichen bürgerlichen Freiheiten, das Recht auf Arbeit und auch die Pflicht der Verantwortlichkeit der Bürger für die staatliche Zukunft. Wenn also in der Verfassung die dem Bürger teuren Freiheitsrechte geachtet werden, so besteht das Wesen des Problems in der gehörigen harmonischen Gestaltung der Bürgerrechte und der Bedürfnisse des Staates als einem Ganzen unter den durch die geschichtliche Entwicklung entstandenen Bedingungen.“

Was nützen die schönsten Formen, wenn sie nicht durch den richtigen Inhalt ausgefüllt werden?

Marschall Piłsudski hat einmal gesagt:

„Wir müssen das Rad der Geschichte so drehen, daß Polen nicht allein eine militärische Macht, sondern daß es auch kulturell und geistig zu einer Macht werde; denn nur in diesem Falle kann es bei den großen Evolutionen bestehen, die unserer harren.“

„Kann also jemand“, so fuhr der Redner fort, „unter diesen Bedingungen wegen der Beschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte Zweifel erheben? In der Verfassung hat man sie auf den ersten Plan gerückt. In der Kommission haben sie feierlich diejenigen bestätigt, die am intensivsten an dem Verfassungsentwurf gearbeitet haben. Man wandte hier ein, daß diese Freiheitsrechte in der Verfassung angeblich schlecht formuliert worden seien; doch hier handelt es sich nicht um Rechte, die man in einen engen Rahmen fassen und mit Sanktionen versehen kann. In der Verfassung werden die Lebensgrundlagen, die Formen der Regierung, festgelegt. Ich bin der Meinung, daß Polen im Sinne der Grundsätze der neu beschlossenen Verfassung den richtigen Entwicklungsweg in der Zukunft, den richtigen Weg für seine Regierung beschreiten wird. Wir können heute sagen:

Die Epoche, von der die besten leidenden und kämpfenden Söhne des Vaterlandes geträumt haben, ist gekommen. Sorgen wir dafür, daß wir niemals wieder die Fehler der Vergangenheit wiederholen!

Wir haben doch so viele schöne Blätter in unserer Geschichte. Suchen wir dort Eingebung für unsere Handlungen und die Rechtsgedanken, von denen wir uns leiten lassen sollen.“

Zu den einzelnen Artikeln des ersten Abschnitts sprachen noch verschiedene Redner der Christlichen Demokratie und des Regierungsklubs. Die polnischen Sozialisten waren zu der Sitzung nicht erschienen. Damit war die Diskussion über den ersten Abschnitt abgeschlossen, und man trat in die Aussprache über den zweiten Abschnitt ein, der die Überschrift trägt: „Präsident der Republik“.

Das Chaos in den sozialen Versicherungen.

Im Laufe der Aussprache über den Etat des Ministeriums für soziale Fürsorge, ergriff nach den kritischen Bemerkungen der Oppositionsredner der Minister Paciorowski das Wort, der einseitig zugab, daß die Sozialpolitik Polens nach fremden Mustern aufgebaut worden sei. Er vertrat den Standpunkt, daß man in Polen für soziale Zwecke nicht zu viel Geld ausgabe, und daß die hingebenen Beiträge also einseitig und zu wenig produktiv veransagt würden. Der Arbeitsfonds — so behauptet der Minister — hat 100 000 Menschen beschäftigt. 30 000 Personen haben aus dem Fonds des Ministeriums für soziale Fürsorge Arbeit gefunden. Der Minister gab zu, daß die Statistik nicht ein Maßstab der wirklichen Arbeitslosigkeit sei. Das Problem der Reorganisation der Versicherungen bildet, so fuhr der Minister fort, den Gegenstand einer täglich laufenden Arbeit im Ministerium. Dieses Problem ist sehr schwierig und kompliziert, und es werden noch einige Monate vergehen, bis man mit konkreten Anträgen an das Haus werde herantreten können. Aber schon jetzt kann man sagen, daß die Idee, eine Dachinstitution in Gestalt einer Versicherungskammer zu bilden, sich als unrichtig erwiesen habe, da man nur noch eine weitere Kontrollinstanz ins Leben rufen würde, während das Chaos in der Organisation weiter andauert. „Wir sind uns darüber klar geworden, daß in irgendeiner Versicherungsanstalt mit der Ermächtigung zur Kontrolle und Inspektion des Direktors mit einemmal sieben Herren erscheinen könnten, die ihre Ermächtigung durch die einzelnen Institutionen erhalten haben. Wenngleich ich ziemlich pessimistisch den finanziellen Stand der Versicherungsanstalten im gegenwärtigen Augenblick beurteile, so bin ich doch der Meinung, daß dieser Stand nicht hoffnungslos ist, und daß wir, wenn wir die finanzielle Seite der einzelnen Versicherungen kräftig in die Hand nehmen, die Sache im Laufe eines Jahres zu einem finanziellen Gleichgewicht führen können.“

Die Krankenversicherung macht gegenwärtig die größte Krise durch. In erster Linie sind die Ein-

gänge aus den Beiträgen doppelt zurückgegangen, da auch die Beiträge herabgeleistet worden sind und die Einkommen, von denen der Beitrag berechnet wird, ebenfalls eine Herabsetzung erfahren haben. Nach unserer Ansicht wird man hier nach der Neugründung das eine Ende mit dem anderen binden können, ohne eine ausdrückliche Schmälerung der Qualität der Leistungen. Im Laufe der Aussprache wurde der Einwand erhoben, daß die Ärzte in den Versicherungsanstalten in einer Weise honoriert würden, die auf längere Dauer unhaltbar seien, und daß die Reduktionen einen ungünstigen Einfluß auf das Heilmessen ausüben könnten. Kritisiert wurde auch die Institution der Hausärzte. Diesen Standpunkt vertreten wir nicht. Für diese Institution hat sich die ganze offizielle Arztewelt ausgesprochen. Die Einführung der Hausärzte steht im Zusammenhang mit einer ziemlich erheblichen Reduktion, die hauptsächlich mit Rücksicht auf das wirtschaftliche Interesse der Kassen notwendig ist. Außer den Verwaltungskosten gehen die ganzen Aufgaben der Versicherungsanstalten durch die Hände des Arztes. Wenn dieser Arzt mit der Institution nicht genügend verbunden ist, so können wir annehmen, daß ein solcher Zustand den schlimmsten finanziellen Effekt gibt. Die letzte Erklärung des Biżewski zeugt davon, daß diese Institution mit voller Anerkennung durch die Versicherten selbst aufgenommen wurde. Auch die Ärzte sind jetzt vollkommen zufrieden (?), wenngleich es anfangs unter ihnen eine ziemlich große Nervosität gegeben hat. Infolgedessen kann man sagen, daß wir dieses Problem in einer positiven Art gelöst haben.

Der Stand der landwirtschaftlichen Versicherungen gibt zwar keinen Grund zu irgendeiner Unruhe; doch muß ich sagen, daß diese Institutionen nicht auf festen Grundlagen aufgebaut sind. In der Verschuldung des Ministeriums stellen die wichtigste Position 52 Millionen dar, die den Versicherungsinstitutionen auf Grund der Entscheidung des Volksrates von den deutschen Versicherungsanstalten gehören. Wir haben auf diesen Betrag verzichtet, und die Rückzahlung dieser Summen ist jetzt Pflicht des Staatschakos. Diese Pflicht wird durch niemand bestritten, aber aus budgetären Rücksichten kann der Betrag noch nicht gezahlt werden.

Das Schulwesen in Polen.

Die Haushaltskommission des Sejm beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Etat des Kultusministeriums. Aus dem umfangreichen Bericht, den der Abgeordnete Bolesław Stroński (Regierungsklub) erstattete, geht hervor, daß während der Haushalt des ganzen Staates eine Reduktion um 28,30 Prozent erfahren hat, der Etat des Kultusministeriums um 36,56 Prozent herabgesetzt worden ist. Der Kredit für das Berufsschulwesen hat eine Herabsetzung um 600 000 Złoty erfahren, und der Schulfonds steht einen Betrag von 18 Millionen Złoty aus der Schulabgabe vor, die von der Größe der eingenommenen Wohnungen erhoben wird und daher allgemeinen Charakter besitzt. Die Gebühren für diesen Fonds werden nicht nur von den Bürgern erhoben, die Kinder zur Schule schicken.

Auf das allgemeine Schulwesen übergehend, betonte der Referent, daß der maximale Kinderzuwachs mit der Zahl 400 000 im Schuljahr 1932/33 zum Ausdruck gekommen ist. Insgesamt beträgt die Zahl der Schulkinder 5 013 000. Seit dem laufenden Jahre geht die Zunahme zurück und wird im nächsten Jahre 90 000 betragen. Hieraus darf man aber nicht schließen, daß neue Etats oder neue Klassenräume nicht nötig seien. Für den Schulbau hat der Verein zur Förderung der Schulbauten im Laufe eines Jahres 2½ Millionen Złoty gesammelt. Mit der Schulreform ist der Referent vollkommen zufrieden. Das Berufsschulwesen bereitet sich zur Einführung einer neuen Struktur vor. Eine der Staatsnotwendigkeiten muß es jetzt sein, sich eingehender mit dem Fortbildungsschulwesen zu beschäftigen. Dies erfordere die Lösung vieler Probleme auf gesetzgeberischem Wege.

Im Laufe der Aussprache begründete

Kultusminister Jedrzejewicz

die Realität des von ihm aufgestellten Etats. Er fand zunächst Worte der Anerkennung für die opferwillige Arbeit der Lehrerschaft und versicherte, daß es sein Bestreben gewesen sei, die materiellen Bedingungen der Lehrerschaft aufzubessern. „Ich gab mir“, so sagte der Minister weiter, „alle mögliche Mühe, den Etat meines Ministeriums nicht zu verringern, leider vergeblich. Die Schulabgabe wird nicht als eine weitere allgemeine budgetäre Einnahmequelle, sondern als eine allgemeine Leistung der Volksgemeinschaft zugunsten der Bildung erhoben werden. Auf die Schulreform eingehend, gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß die neuen Lehrprogramme den Jünglingen der Schule die allgemeine Bildung sicherstellen werden, die für den künftigen Bürger des Staates unentbehrlich ist. Dabei wird auch auf die Kenntnis Polens und der wichtigsten Erscheinungen seiner Kultur unter bescheidenen Verhältnissen geachtet.“

Die Arbeiten an den Programmen und Statuten der Berufsschulen verschiedenen Typs sind im Gange, wobei bereits im nächsten Jahre die Inbetriebnahme der ersten Klasse einer gewissen Zahl von Schulen auf den Grundsätzen der neuen Struktur vorgesehen ist. Anfang dieses Schuljahres werden dreijährige landwirtschaftliche Zweige mit einem vorläufigen Programm eröffnet werden.“ Der Minister versicherte, daß von der Kulturpolitik in gleichem Maße

alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und der Religion

erfaßt werden würden. Der polnische Kultusapparat liefere ständig Beweise dafür, daß er ebenso seine Aufgaben aufsezt. Als Illustration führt der Minister die Tatsache an, daß im künftigen Jahre ein ukrainisches Landwirtschaftliches Museum in Galizien eröffnet werden soll.

Ein Grundsatz der Minderheiten-Schulpolitik des Ministers sei die Ablehnung des Feindseligens zwischen Bürger und Staat. Man wolle bei allen Bevölkerungsgruppen die Unabhängigkeit und das Vertrauen zu Polen wecken. Unter allen Nationalitätengruppen in Polen sollte sich die Überzeugung festigen, daß sich alle positiv und gern gesehnen Tatsachen auf dem Gebiet des Schulwesens aus denselben planmäßigen und von keiner Vermittlung abhängigen Voraussetzungen ergeben wie die negativen, die Verstöße gegen das Staatswohl zur Folge haben. Von diesen Voraussetzungen ausgehend habe der Minister angeordnet, die Arbeit an dem Problem unumgänglicher Korrekturen in

der Sprachengehobung zu beginnen. Gefördert werde dies durch die bedeutende Verbesserung der Atmosphäre in den von einer gemischten Bevölkerung bewohnten Gebieten.

Auf die Bekennungsfrage eingehend wies der Redner darauf hin, daß in Ausführung des Konkordats mit dem Vatikan 50 Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet worden seien, und daß man, wenn auch noch nicht alle Fragen erschöpft worden sind, doch die wichtigsten Probleme gelöst habe. Die Regierung bewahrt, indem sie die Grundsätze des Konkordats in die Tat umsetzt und auf diesem Wege die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche anstrebt, nach Ansicht des Ministers die korrektesten und freundlichsten Beziehungen mit dem Apostolischen Stuhl.

Der Minister schloß mit den Worten: „Ich weiß, wie viele und welche Schwierigkeiten bei dem Bau und der Festigung des kulturellen Polens bestehen. Nichtsdestoweniger weiß ich, daß der Wille zur Überwindung dieser Schwierigkeiten meiner Arbeit und der meiner Mitarbeiter den Geist des Sieges verleiht.“

Randbemerkungen über die Minderheiten, über Naturalisierung und den natürlichen Bevölkerungszuwachs in Polen.

Das Regierungsblatt „Polska Zbrojna“ (Nr. 229) (Das wehrhafte Polen) brachte kürzlich unter obiger Überschrift einen Artikel, dem wir folgende interessanten Stellen entnehmen:

„Ich weiß nicht — sagt der Verfasser —, ob allen bekannt ist, daß unsere bevölkerungspolitische Statistik ein plötzliches Sinken des natürlichen Zuwachses aufweist. Zwischen den Jahren 1932 und 1933 beträgt der Unterschied zu Ungunsten der Geburten 74 000 trotz gleichzeitiger Verminderung der Sterblichkeit.“

Das Sinken des natürlichen Zuwachses findet statt nach einem sehr starken Anstieg und wenn es weiter in diesem Tempo stattfinden wird, so wird sich das Problem der polnischen Bevölkerung nach zehn Jahren bedenklich schlechter darstellen, als dies in Frankreich der Fall ist.

1930	betrug der natürliche Zuwachs 526 000
1931	" " " 471 000
1932	" " " 445 000
1933	" " " 402 000

Nach einer Angabe der Gründe des Geburtenrückgangs bei gleichzeitigem Sinken der Sterblichkeit, kommt der Verfasser auf die Minderheiten zu sprechen.

„Wir wissen alle, daß den verhältnismäßig größten prozentualen Zuwachs die Minderheiten haben. Diese Feststellung gilt bezüglich der deutschen Minderheit in Polen nur für das Deutschtum in Woiwodinen. D. R.) Wenn sich diese Minderheiten dem Volke auch nur zu 85 Prozent assimilieren, so wird ein derartiges Element stets erwünscht sein. Leider ist dem nicht so. Unsere Minderheiten, wenigstens zu ihrem größten Teile, volksnieren sich geistig nirgends. Wir wollen darin keinen bösen Willen sehen. Es spielen hier verschiedene Faktoren eine Rolle. Unsere Verfassung, die den Minderheiten alle möglichen Freiheiten gewährt, sichert ihnen auch die zahlenmäßige Zunahme.“

Wenn wir aus den zahlenmäßigen Zusammenstellungen und aus einigen Bemerkungen über das Minderheitenhema die entsprechenden Schlüsse ziehen, so verstehen wir leicht, wie stark das Militärkontingent des hundertprozentigen Polens zusammenschrumpfen würde, wenn die Dinge in einem solchen Tempo wie bisher weitergehen würden. Viele tausend Rekruten hat uns die Emigration genommen.“ Der Artikelschreiber schließt mit folgender Warnung:

Bedenken wir jetzt, woan diese drei Probleme 1. das Sinken der Geburten, 2. das Problem der Minderheiten und 3. das Problem der Naturalisierung hinführen können, wenn sie nicht sehr bald einer gründlichen Änderung unterliegen. Die Antwort ist leicht. Die Rekrutenzahl ändert in 15 oder 20 Jahren die bisherige prozentuale Zusammensetzung der Nationalitäten. Das spiegelt sich stark im Zusammenhang der Armee wider. Denken wir daher unsere Aufmerksamkeit darauf, bevor es zu spät ist, bevor wir noch nichts verloren haben.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Handel mit dem Osten.

Der "Osteuropamarkt" besitzt sich in einem besonderen Artikel mit dem deutschen Osthandel. Wir entnehmen dieser Arbeit folgende interessante Einzelheiten:

Die rückläufige Entwicklung des deutschen Außenhandels nach Osteuropa ist noch nicht zum Stillstand gelangt. Die in den Jahren 1926, 1929 und 1930–1933 bestehende Aktivität ist in diesem Jahre einer Passivität gewichen, die im dritten Quartal Jahr an Umfang zugenommen hat. Die Passiv-Summe des deutschen Osthandels, die am Abschluß des Halbjahrs 51,9 Millionen RM betragen hat, ist in diesen drei Monaten um nicht weniger als 54 Millionen RM auf 105,9 Millionen RM gestiegen, während er in den ersten neun Monaten 1933 mit 118,1 und 1932 gar mit 290 Millionen RM für Deutschland aktiv war. Mit einer geringfügigen Aktivität schließt nur der deutsche Außenhandel mit Finnland, Lettland und Estland ab, wie folgende Zusammenstellung des deutsch-osteuropäischen Handelsverkehrs für den Zeitraum Januar bis September zeigt, die ebenso wie die weiteren zahlmäßigen Unterlagen dieses Artikels einer sehr ausschlußreichen Betrachtung entnommen sind, die der "Osteuropamarkt", das Organ des Wirtschaftsinstituts für Russland und die Oststaaten, in seiner soeben erschienenen Oktober-November-Nummer veröffentlicht.

1927 1928 1929 1930 1931 1932 1933 1934
(in Mill. RM, + = aktiv, - = passiv für Deutschland)

UdSSR	-147,0	-199,7	-56,6	-56,1	+286,3	+264,8	+103,1	-88,5
Polen	-12,2	+52,5	+20,6	+18,1	+25,4	+11,6	+3,2	-13,4
Finnland	+30,3	+71,0	+63,5	+36,3	+36,5	+15,1	+5,8	+3,4
Danzig	+45,1	+58,5	+32,8	+34,7	+21,3	+1,6	+6,6	-6,6
Litauen	-7,8	-1,9	-3,5	+1,8	+12,6	-0,2	0,3	-1,3
Lettland	-11,6	+3,6	+25,4	+8,9	+9,5	-1,5	-0,5	-0,3
Estland	-3,3	+5,8	+10,9	+1,2	+2,2	-1,7	-0,4	+0,4

Aufstieg bis 1928, dann Abstieg, ist das Bild des Gesamtumsatzes Deutschlands mit den Ländern des osteuropäischen Wirtschaftsräumes in den letzten zehn Jahren. In diesem Jahre ergibt sich für die ersten 11 Monate eine wertmäßige Abnahme um 35,3 Prozent! Zugegangen hat der Umsatz mit Finnland (um 6,9 Prozent von 55 auf 58,8 Millionen RM) und mit Lettland (um 2,8 Prozent von 24,9 auf 25,6 Millionen RM), verringert hat sich der Gesamtumsatz mit der UdSSR um 51,2 Prozent (von 383,5 auf 187,2 Millionen RM), mit Danzig um 25,8 Prozent (von 39,1 auf 29,0 Millionen RM), mit Litauen um 21,8 Prozent (von 29,8 auf 23,3 Millionen RM), mit Polen um 18,4 Prozent (von 80,0 auf 70,0 Millionen RM) und mit Estland um 9,4 Prozent (von 10,6 auf 9,6 Millionen RM). Die deutsche Ausfuhr nach Osteuropa ist in den Monaten Januar/September wertmäßig um 59,9 Prozent zurückgegangen, während mengenmäßig überhaupt keine Veränderung zu verzeichnen ist. Sie betrug in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs 1,8 Millionen Tonnen im Werte von 370,9 Millionen RM, 1934 aber bei gleicher Tonnenzahl dem Werte nach nur 148,8 Millionen RM. Dieses Absinken des durchschnittlichen Tonnenwertes ist so auffallend, daß eine Untersuchung der Kräfte sehr interessant wäre, ob diese Errscheinung auf eine andere Zusammensetzung der ausgeföhrten Waren oder auf erhebliche Preisrückgänge oder auf beides zugleich zurückzuführen ist; es wäre eine dankbare Aufgabe für das Wirtschaftsinstitut die Klärung zu versuchen.

Die Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach dem Osteuropa seit 1928 ergibt folgendes Bild:

Januar–September	Millionen RM.
1926	598,5
1927	711,1
1928	970,2
1929	877,2
1930	750,3
1931	818,4
1932	630,9
1933	370,9
1934	148,8

Im Gegensatz zu der bedeutlichen wertmäßigen Schrumpfung der deutschen Ausfuhr nach Osteuropa weiß die deutsche Einfuhr im Vergleich zu den ersten neun Monaten 1933 mengenmäßig eine Verminderung von 8,2 auf 2,1 Millionen Tonnen, wertmäßig eine geringfügige Zunahme von 252,8 auf 254,7 Millionen RM auf. Im einzelnen zeigt sich eine Einfuhrsteigerung aus Polen um 7,5, aus Finnland um 12,6, aus Litauen um 16,8 und aus Estland um 16,4 Prozent, während die Einfuhr aus Lettland unverändert geblieben ist. Zusammengefaßt weist die deutsche Einfuhr folgende Entwicklung auf:

Januar–September	Millionen RM.
1926	564,0
1927	807,6
1928	976,0
1929	784,1
1930	718,8
1931	419,6
1932	340,8
1933	252,8
1934	254,7

Es wäre verfehlt, wollte man aus der Rückentwicklung des deutschen Osthandels unbedingt pessimistische Schlüsse ziehen. Dazu liegt trotz der ungünstigen Zahlen kein Anlaß vor. Wie Auseinandersetzungen und weiblütender Wirtschaftspolitiker in Lettland und Estland, aber auch in Litauen erkennen lassen, bricht sich die Einsicht immer mehr dahin, daß eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland gesucht werden und daß eine Weiterentwicklung in der bisherigen Richtung diese Länder mit Naturnotwendigkeit in eine sehr weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Ländern bringen muß. Die durch die geographische Lage naturgegebene wirtschaftliche Verbundenheit mit Deutschland und die Notwendigkeiten, die sich aus dieser Erkenntnis ergeben, kann man eben auf die Dauer nicht ausschalten.

Das Warschauer Elektrizitätswerk unter Zwangsverwaltung.

Am 20. d. M. ist im Warschau Gerichtsgericht das Urteil im Prozeß gegen die französische Elektrizitäts-Gesellschaft in Warschau, über den wir bereits eingehend berichtet haben, gefällt worden. In der Entscheidung wurde zunächst dem Klagegefecht der Stadt Warschau stattgegeben, das sich auf die Sicherung der Lageförderung bezieht. Das Urteil lautete auf Einführung einer Zwangsverwaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Gesellschaft, um die Forderungen der Stadt sicherzustellen. Zum Treuhänder wurde der ehemalige Verkehrsminister, Ingenieur Alfons Kühn, ernannt.

Der Prozeß hat bekanntlich über seine wirtschaftlichen Voraussetzungen hinaus größte Beachtung in französischen und polnischen Kreisen gefunden und demzufolge eine heftige Pressedebatte in Frankreich und Polen ausgelöst. Mit der Begründung des Urteils werden wir uns in einem besonderen Artikel befassen.

Die Forderungen der Bank Diskontowny an die Zyrardów-Werke. In diesen Tagen war beim Appellationsgericht in Warschau-Termin in der Klage der Bank Diskontowny wegen einer den Zyrardów-Werken gewährten Rubelanschaffung. Die Vorinstanz hatte entschieden, daß als Wertmaßstab 100 Prozent des Vorkriegswerts des Rubels für die Rückzahlungsansprüche zugrunde zu legen seien. Damit würden die Ansprüche der Bank an die Zyrardów-Werke die Summe von 2,5 Mill. Zloty erreichen. Die Zyrardów-Werke legten gegen dieses Urteil beim Appellationsgericht in Warschau Berufung ein. Die Vertreter der Zyrardów-Werke erklärten vor Gericht, daß im Falle der Zahlungsverpflichtung einer so hohen Summe das Werk in Finanzschwierigkeiten geraten müsse. Die Verhandlungen wurden vertagt.

Der Saatentstand in Polen Mitte November. Nach den vom polnischen Statistischen Hauptamt veröffentlichten Mitteilungen stellt sich der Saatentstand in Polen am 15. November d. J. wie folgt dar: Winterweizen 8,7 (15. Oktober d. J. – 15. November 1933 8,1), Winterroggen 8,9 (8,6 – 8,2), Wintergerste 8,5 (8,4 – 8,2), Rüben (8,8 – 8,4) und Klee 8,2 (8,2 – 8,0). Demnach ist mit Ausnahme von Rüben und Klee eine Verbesserung des Saatentstandes gegenüber dem Stande vom 15. Oktober festzustellen, die auch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres deutlich besser ist.

Weltwirtschaftsjahr 1934.

Deutschlands Auftriebskräfte stärker als weltwirtschaftliche.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Erholung, die nach mehrjähriger Wirtschaftsschrumpfung 1932/33 in den meisten Ländern der Welt durchbrach, hat sich, wenn auch langsam, im Jahre 1934 fortgesetzt. Zwar flauten die Wirtschaftsbelebung in der zweiten Hälfte des Jahres hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Da sich der Wirtschaftsauftrieb jedoch gegen Jahresende auch in den Vereinigten Staaten wieder verstärkte, so war die Wirtschaftsentwicklung des abgelaufenen Jahres im ganzen geschen, ansteigend.

Das deutsche Statistische Reichsamt veröffentlicht als Sonderausgabe zur Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" eine umfangreiche und eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahre und schreibt die im ganzen günstige Entwicklung ab.

dass sich das wirtschaftliche Vertrauen in der Welt gesichert hat, weil die Entwicklung nicht mehr, wie im Jahre 1933 durch verirrtenen Schleiter Ereignisse, wie Währungswirren, Kreditpaniken, Marktzuflüsse, gescheiterte Konferenzen, gestört wurde.

Bor allem hat die vorläufige Stabilisierung des Dollars stark beruhigt. Währungswertungen sind, abgesehen von der Herabsetzung der Parität um 18/3 Prozent in der Tschechoslowakei, die im Februar 1934 erfolgte, in größerem Umfang nicht mehr vor-

genommen worden. Die Kreditmärkte haben sich unter der Wirkung der allgemeinen Vertrauensfestigung aufgelockert, die Geldmärkte verschärft. Die Auflösung ist in den Ländern mit abgewerteter Währung mehr stärker und weiter fortgeschritten, auch erfreut sie sich hier schon auf die sonst wenig gebotenen Aktienmärkte, während in den hochvalutären Ländern oft nur die Kurse der Staatsanleihen gestiegen sind. Als Grundzug der Entwicklung ist eine Tendenz zur Sinsenkung festzustellen, die schon in einer größeren Anzahl von Konvertierungen zum Ausdruck gekommen ist. Führend ist Großbritannien, dessen Binnenmarkt, ebenso wie in Schweden, den Stand der Wirtschaftszeit wieder erreicht hat, der im allgemeinen unter 8 Prozent lag. Die Effektivversorgung bevorzugter Staatsanleihen beträgt nur noch 2% Prozent.

Was die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, so ergibt die Tabelle, die sich im Herbst 1934 dem Beobachter darbietet, folgendes Bild: Von den Industrieländern verzeichnen einen Aufschwung oder hohen Geschäftsaufgang Deutschland, Großbritannien, Schweden und Japan. Eine gewisse Belebung und Erholung ist festzustellen in Danzig, Italien, Norwegen, Österreich, Tschechoslowakei und den Vereinigten Staaten von Amerika. Noch unter dem Druck der Depression stehen Belgien, Niederlande und die Schweiz, während Frankreich sogar einen Rückgang erfahren hat. Von den europäischen Agrarländern erfreut sich nur Finnland eines Konjunkturaufschwungs. Estland, Griechenland, Jugoslawien und Portugal zeigen eine gewisse Belebung, Bulgarien, Dänemark, Arischer Freistaat, Lettland, Polen, Rumänien, Sowjetrußland, Spanien und Ungarn stehen noch ganz in der Phase der Depression.

Geldmarkt.

Der Zloty am 20. Dezember. Danzig: Ueberweisung 57,78 bis 57,98, bar 57,79–57,91. Berlin: Ueberweisung ar Scheine 46,85 bis 47,13. Brüssel: Ueberweisung 45,82. Wien: Ueberweisung 79,17. Paris: Ueberweisung —. Zürich: Ueberweisung 58,25. Mailand: Ueberweisung —. London: Ueberweisung 26,15. Copenhagen: Ueberweisung 86,30. Stockholm: Ueberweisung 74,25. Oslo: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 20. Dezember. Umlokt, Verlauf — Kauf. Beloton 123,84, 124,15 – 123,53. Belorad —. Ber 212,90, 213,00 – 211,90. Budapest —. Bufarest —. Danzig 172,81, 173,24 – 172,38. Spanien —. Holland 258,20, 259,10 – 257,30. Navar —. Konstantinopel —. Kopenhagen —. London 26,17, 26,30 – 26,04. Newmorf 5,29/4, 5,32/4 – 5,26/4. Oslo —. Paris 24,73/4, 25,02 – 24,85. Prag 22,12/4, 22,18 – 22,07. Rica —. Sofia —. Stockholm —. Wien —. Italien 45,35, 45,47 – 45,23.

Berlin, 20. Dezember. Vmt Teilverkäufe Newmorf 2,487–2,491. London 12,285–12,315. Folland 16,18–16,52. Norwegen 61,74 bis 61,86. Schweden 63,25–63,47. Belgien 58,17–58,29. Italien 21,30 bis 21,34. Frankreich 16,405–16,445. Schweiz 80,72–80,88. Prag 10,40 bis 10,42. Wien 48,95–49,05. Danzig 81,22–81,38. Marischau 47,01–47,11.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, ar. Scheine 5,26 Bl. do. kleine 5,25 Bl. Ronada 5,26 Bl. 1 Pfd. Sterlina 26,02 Bl. 100 Schweizer Franken 171,08 Bl. 100 franz. Franken 34,83/4, Bl. 100 deutsche Reichsmark nur in Gold 212,34 Bl. 100 Danziger Gulden 172,30 Bl. 100 tschech. Kronen — Bl. 100 österreich. Schillinge 98,00 Bl. holländischer Gulden 357,15 Bl. Belgisch Belgas 123,48 Bl. ital. Lire 45,20 Bl.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Frankfurter Getreidebörsen vom 21. Dezember. Die Preise laufen Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Kilo in Zloty.

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.). Meizen 737,5 g/l. (112,5 f. h.). Brauergeste 777 g/l. (101,1 f. h.). Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.). Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.). Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen	56 to 15,50–16,00	blaue Lupinen — to —
— to —	— to —	brauner Gerste — to —
— to —	— to —	Einheitsgerste — to —
Roggenkleie	— to —	Vittoriaerben — to —
Meizenkleie, gr.	— to —	Sweißkartoffel — to —
Hafer	— to —	Sonnenblumen — blumenfuchen — to —

Richtpreise:

Roggen	15,50	10,50	10,50	10,50
— to —				